Alhambra-Zeitung

Juli/August 2009

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

schwerpunkt
Interview mit einem Aktivisten aus St. Petersburg 6
Schwieriges Outing – Gay Pride in Moskau 10
Interview mit antifaschistischen Genoss_innen aus Weißrussland 13
Roma in Rumänien 16
Des Nazis Freund und Helfer – Zur ungarischen Rechten 17
Rechtsruck in Ungarn 18

soziale kämpfe
Bildungsproteste 2009 in Oldenburg und anderswo 20
1. Mai in Istanbul, Bremen und Oldenburg 21
Worauf warten wir noch? – 1. Mai Rede der ALSO 22

antinationales
„Meine Spezies ist staatenlos" 24

antiziganismus
Kokettes Berlin – Antiziganistische Berichterstattung in Berlin 26

repression
Statement aus dem Knast (Strasbourg) 28

internationales
Squatting Festival in Lund 31
Was und wo Demokratie ist, bestimmen exklusiv »wir« ... am Beispiel des Iran 32

Ankündigungen 37

Editorial

Osteuropa ist nicht gerade ein breit diskutiertes Thema in der bundesdeutschen Linken. Dementsprechend ist bei den Meisten auch nur recht rudimentäres Wissen über die dortige Bewegungslandschaft bekannt. Erklärtes Ziel unserer Beschäftigung mit Osteuropa war über die dortigen Zustände mehr zu erfahren. Ziemlich schnell mussten wir uns allerdings eingestehen, dass es mehr als anmaßend wäre Osteuropa in einer Ausgabe umfassend behandeln zu wollen. Schließlich ist es ebenfalls schwer vorstellbar und erscheint absurd, dass das Thema „Westeuropa" umfassend auf wenigen Seiten behandelt werden würde. Wir haben also nicht den Anspruch ein überblickhaftes Bild von Osteuropa zu zeichnen. Ein solcher Anspruch wäre nichts als ein Ausdruck des Eurozentrismus, der Europa auf die EU reduziert. Vor dem Hintergrund, dass in der hiesigen Linken kaum ein Blick jenseits der Oder gerichtet wird, fanden wir es dennoch wichtig zumindest ein paar „Schlaglichter aus Osteuropa" zu bringen.

Dafür haben wir mit einem Genossen aus Russland ein Interview geführt, in dem über die extreme Rechte, antifaschistische Mobilisierung und die postsowjetische, russische Mehrheitsgesellschaft berichtet wird. Als Ergänzung haben wir einen Artikel über die Moskauer GayPride aus der Jungle World geklaut und hier abgedruckt.

Zusätzlich haben wir befreundete Genoss_innen aus Weißrussland per E-Mail interviewt. Sie berichten schlaglichtartig über die Situation in Weißrussland, dortige Nazis und die linksradikale Gegenbewegung.

Mehr als beunruhigend empfinden wir die Tatsache, dass in Ungarn die Faschisten inzwischen mehrheitsfähig geworden sind. Ein Zeichen dafür ist die Existenz der „ungarischen Garde", einer paramilitärischen, faschistischen Vereinigung. Gleich zwei Artikel beschäftigen sich daher mit der Situation in Ungarn (Seiten 17 und 18).

Antiziganismus ist sicher nicht nur Realität in Osteuropa (vgl. den Artikel „Roma in Rumänien"), antiziganistische Hetze gab es auch in Berlin im Zusammenhang mit der Vertreibung einiger Roma aus dem Görlitzer Park in Kreuzberg (vgl. Kurzmeldung Seite 5). Den medialen Diskurs über die Vertreibung der Roma aus Berlin beschreibt der Artikel „Kokettes Berlin" (Seite 26).

Interessierte an „Osteuropa" wollen wir auf die „Abolishing the borders from below hinweisen, eine Zeitschrift, die von der osteuropäischen Bewegung mit Inhalt gefüllt wird und in Berlin erscheint (allerdings auf Englisch). Finden könnt Ihr die Zeitung übrigens u.a. im Infoladen roter strumpf.

Im Iran gehen derzeit Hunderttausende auf die Straße. Die deutschen Medien verkaufen die Proteste als einen Streit zwischen Anhänger_innen von Mussawi und Ahmadinedschad. Mussawi repräsentiert in diesem Zusammenhang

den Reformer, der für eine Öffnung nach Westen, Zivilisation und Moderne steht. Dieses Bild halten wir für mehr als fragwürdig. Die iranische Gesellschaft ist sehr viel komplexer als es uns hier suggeriert wird; und sie ist eine moderne Gesellschaft. Dass sich der „Westen" und damit die BRD als das moderne, zivilisierte Gegenstück des Iran darstellen will und dabei die eigene Herrschaftsförmigkeit nicht nur verschweigt, sondern legitimieren will, behandelt der Artikel von Wolf Wetzel (Seite 30).

Extrem wichtig finden wir in dem Zusammenhang, dass die Reduktion auf einen Machtkampf zwischen Mussawi und Ahmadinedschad nicht viel mit der Realität im Iran zu tun hat. Beides sind Anhänger der repressiven, antiemanzipatorischen islamischen Republik. Gleiches gilt für die beiden anderen Präsidentschaftskandidaten. Immerhin wurden ja nur vom Ayatollah Chamenei handverlesene Kandidaten zugelassen. Mussawi war von Anfang an ein führender Protagonist der islamischen (Konter-)Revolution ab 1979. Von 1981 bis 1988 war er Ministerpräsident und nicht zuletzt verantwortlich für zahlreiche Massaker an Oppositionellen, der so genannten islamischen „Kulturrevolution" und dem Wirken der Terrorherrschaft insgesamt. Bis heute ist er Teil der herrschenden Clique im Iran. Innerhalb der Protestbewegung gibt es jedoch zahlreiche Strömungen, die mit der Parole „Marg bar diktator" den Sturz der Herrschaftsclique der islamischen Republik meinen. Nicht zuletzt Studierendenproteste, die sich auch explizit gegen Mussawi wendeten, die massenhaften Streiks von Arbeiter_innen in den letzten Monaten, Aufrufe zum Wahlboykott, selbstorganisierte Frauenorganisationen und ihre Forderungen lassen das hier in der BRD vermittelte Bild brüchig werden. Für uns stellt sich also die Frage danach, welche Räume durch diesen Machtkampf innerhalb der herrschenden Clique für Basisbewegungen und wirkliche Emanzipation entstehen. Wir fühlen uns allerdings nicht in der Lage ein Bild der Protestbewegung zu zeichnen. Auch der Ausgang der Geschehnisse ist für uns nicht absehbar.

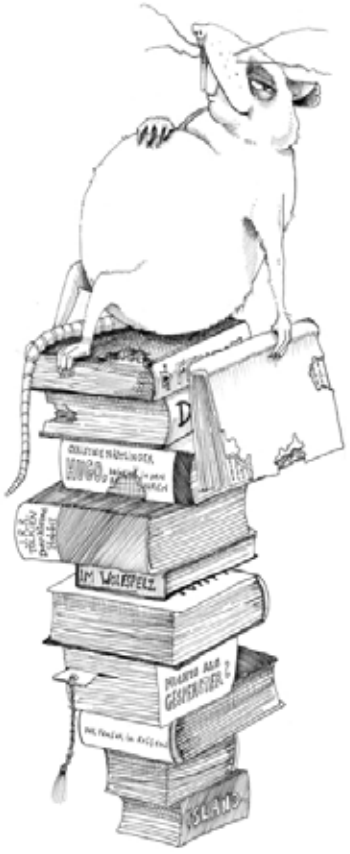
Nichtsdestotrotz halten wir Solidarität mit emanzipatorischen Kräften im Iran für notwendig. Aus der exiliranischen Community – auch in Oldenburg – wurden und werden Demos und Kundgebungen organisiert. Die Chancen einer Zusammenarbeit zu ignorieren, wäre ein (typischer) Fehler der linksradikalen Bewegung.

Vergessen wollten wir auch nicht die politischen Gefangenen. Einige sitzen weiterhin seit den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg im Knast. Aus dem Knast kam mittlerweile ein sehr lesenswertes politisches Statement von einigen Inhaftierten, das wir für Euch abdrucken (Seite 28). Weiterhin wollen wir in diesem Zusammenhang zu politischer und praktischer Solidarität aufrufen!

Ein interessantes Lesevergnügen und einen schönen Sommer wünscht Euch einmal mehr

Eure Alhambra-Redaktion

PS: Wir freuen uns wie immer auf Einreichungen für die nächste Ausgabe bis Mitte August (aber dieses Mal bitte auch die Schoki nicht vergessen!).



Kriegsgerät zerstört sich selbst

Oldenburg Am 25. Mai verkündete die NWZ die Lahmlegung der Korvette „Oldenburg". Während einer Testfahrt löste sich eine Schraube im Getriebe, fiel in die Zahnräder und verursachte so millionenschwere Schäden. Bei der anschließenden Fehleranalyse wurden in den Getrieben aller Schiffe der neuen Korvettenklasse 130 mehrere Mängel entdeckt, welche nun den Einsatz der Korvette „Oldenburg" und ihrer vier Schwesterschiffe verhindern. Die jeweils rund 240 Millionen teuren Korvetten waren speziell für die Auslandseinsätze der Kriegsmarine in Küstennähe (aktuell vor dem Libanon und vor Somalia) vorgesehen. Ursprünglich sollten die Schiffe Anfang 2010 nach und nach zur Verwirklichung neuer deutscher Großmachtsträume zur Verfügung stehen – daraus wird nun erstmal nichts.

Für die Korvette „Oldenburg" hatte die Stadt die Patenschaft übernommen, was sie stolz auf ihrer Internetseite verkündete: „Die Patenschaft mit der Korvette drückt die enge Verbundenheit der Stadt Oldenburg mit der Bundeswehr, insbesondere auch zu der Marine aus". Die Namensgebung initiierte Thomas Kossendey, CDU-Bundestagsabgeordneter für Oldenburg und das Ammerland und Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Im Beisein des damaligen Oldenburger Oberbürgermeisters Dietmar Schütz (SPD) wurde die Korvette am 19. Januar 2006 „auf Kiel gelegt" und am 28. Juni 2007 von Annette Schwandner, der Ehefrau des Oberbürgermeisters Fritz Gerd Schwandner, in Hamburg getauft.

Kriegsschiffe mit dem Namen „Oldenburg" haben eine lange Tradition: Bereits 1848 stand die mit Bombenkanonen bewaffnete Radkorvette „Großherzog von Oldenburg" im Dienst der Reichsflotte. 1884 wurde die schwerbewaffnete Panzerkorvette „SMS Oldenburg" fertiggestellt, welche im Auslandsdienst im Mittelmeer und später als Wachtschiff eingesetzt wurde. Daraufhin folgte das Schlachtschiff „SMS Oldenburg", welches im 1. Weltkrieg zum Einsatz kam und später Japan als Reparationszahlung zugesprochen wurde. Der ursprünglich als Handels-U-Boot gedachte Untersee-Kreuzer „U151" wurde, nachdem es wegen dem Kriegsbeitritt der USA als Importschiff kriegswichtiger Rohstoffe aus den USA als solches wertlos wurde, an die deutsche Marine abgeliefert. Im Nationalsozialismus wurde der vormalige Frachtdampfer „Oldenburg" zum Minenleger umgebaut, welcher unter anderem im April 1940 an dem deutschen Überfall auf Norwegen beteiligt war. Dieser wurde aber am 14. April 1940 von einem englischen U-Boot torpediert und versenkt.

Hausbesetzungen in Luxemburg und Münster

Luxemburg/Münster Mitte Mai kam es zu einer erfolgreichen Besetzung eines seit 10 Jahren leer stehenden Hauses in Luxemburg/Pfaffenthal. Das Haus, welches von dem aus etwa 20 Leuten bestehenden Besetzer_innenkollektiv den Namen „Kapitel2" erhielt, bekam gleich zweifachen Bullenbesuch. Beim ersten Besuch haben die Bullen den Stromverteilerkasten zerstört. Daraufhin haben die Besetzer_innen das Haus verbarrikadiert, so dass bisher keine Bullen mehr in das Haus eindringen konnten. Von Anfang an haben die Besetzer_innen Kontakt zur Gemeindeverwaltung gesucht um Verhandlungen um das Haus bzw. um ein autonomes Zentrum zu erzwingen. Um den Besetzer_innen Solidarität zu bekunden und um den Verhandlungen Nachdruck zu verleihen, fanden sich in Luxemburg/Stadt Anfang Juni etwa 100 Demonstrant_innen zusammen. Bislang zeigt sich die Gemeindeführung allerdings stur. Trotz Räumungsdrohungen, mehrmaligem Bullenbesuch lassen sich die Besetzer_innen jedoch nicht einschüchtern und bauen weiter fröhlich am Haus.

Am 12. Juni wurde ein leer stehendes Bürogebäude (das Q8) am Hafen in Münster besetzt. Die Besetzer_innen fordern ein Soziales Zentrum. Das Haus am Mittelhafen gehört den Stadtwerken, einer Tochterfirma der Stadt Münster. Seit Herbst letzten Jahres wird das ehemalige Bürogebäude nicht genutzt und soll auch für die kommenden zwei Jahre (bis zum Abriss) ungenutzt bleiben. Die Stadtwerke drohen den Besetzer_innen seit dem 17. Juni mit der Räumung des Gebäudes. Am 19. Juni wurde dem besetzten Gebäude Q8 Strom und Wasser abgeklemmt. Von diesen Maßnahmen lassen sich die Besetzer_innen jedoch nicht einschüchtern. Seit Beginn der Besetzung finden im Q8 Konzerte und viele andere kulturelle Veranstaltungen statt. Zudem ist es in der Nacht vom 21. auf dem 22. Juni zu einigen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Scheinbesetzungen in Münster gekommen um dem Bedarf nach einem sozialen Zentrum in Münster Ausdruck zu verleihen und auf die zahlreichen leer stehenden Gebäude in Münster hinzuweisen.

Solidarität mit den Besetzer_innen in Luxemburg, Münster und überall!

Widerstand gegen Rohstoffausbeutung und massive Repression

Lima, Bagua/Peru Seit April befinden sich im peruanischen Amazonasgebiet Indígenas im Widerstand gegen die versuchte Ausplünderung der Bodenschätze in dem von ihnen bewohnten Gebiet. Die Proteste unterschiedlicher Indígena-Gruppen richten sich gegen neu erlassene Dekrete der sozialdemokratischen Regierung Alan Garcías, welche sie fundamentaler Rechte beraubt und die Ansiedlung von Ölfirmen forciert. Anfang Mai hatte die peruanische Regierung einen zwei Monate anhaltenen Notstand für mehrere Provinzen im Amazonasgebiet ausgerufen. Militär-und Sondereinheiten der Polizei wurden in die betroffenen Regionen entsendet, um die friedlichen Proteste gewaltsam zu unterdrücken und die Interessen der überwiegend großen Unternehmen aus dem Ausland zu schützen. Am 5. Juni kamen in diesem Zusammenhang bei der gewaltsamen Räumung einer Straßenblockade von mehr als 5.000 Indígenas in Bagua (Nordperu) durch die Polizei über 30 Menschen zu Tode. Die staatlichen Einheiten schossen dabei mit scharfer Munition auf die Demonstrant_innen. Nach dem Angriff staatlicher Sicherheitsorgane auf die friedliche Straßenblockade wurde eine Ölförderanlage in der Nähe der Stadt besetzt. Um ein Ende des blutigen Polizeieinsatzes zu fordern, wurden dabei 38 Polizisten als Geiseln genommen. Bei einem Befreiungsversuch durch die Polizei, nur einen Tag später, kamen nach Behördenangaben neun der Geiseln ums Leben, 22 konnten befreit werden, sieben galten zunächst als vermisst. Nachdem der Vorsitzende der indigenen Organisation Aidesep, Alberto Pizango, von der peruanischen Regierung zur Fahndung ausgeschrieben wurde, konnte er zunächst in die Botschaft Nicaraguas in Lima fliehen und beantragte Asyl. Am 11. Juni hat die peruanische Regierung nach einer Abstimmung im Parlament das umstrittene Dekret 1090 bis auf weiteres außer Kraft gesetzt, während die Proteste auf der Straße weitergehen. An einem Protestmarsch zum Präsidentenpalast in Lima beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften, wobei erneut zahlreiche Demonstrant_innen durch Schlagstöcke verletzt wurden.

Stop deportation – Frontex koordiniert Massenabschiebung nach Vietnam

Berlin Am 8.6.2009 wurden 104 Menschen nach Hanoi/Vietnam abgeschoben. Aus Polen und der BRD wurden die meisten direkt aus Abschiebeknästen zum Flughafen Berlin-Schönefeld gebracht und von dort aus mit einem Flugzeug von Air-Berlin (LTU) in Begleitung von 60 Polizisten abgeschoben. Koordiniert und finanziert wurde die Abschiebung von Frontex.

Rund 200 Menschen protestierten am Flughafen gegen die Abschiebung und für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle. Einige Aktivist_innen verschafften sich Zugang zu den Terminals, führten Aktionstheater auf und entrollten Transparente. Die Polizei kesselte kurze Zeit später die meisten Demonstrant_innen vor dem Flughafen – 2 Aktivist_innen wurden festgenommen. Das Ziel, die Abschiebung zu stoppen, wurde verhindert.

Video zum Protest: www.kanalb.org

Militaristische Traditionspflege ja, Gedenken an NS-Opfer nein?!

Mittenwald Am 30. Mai 2009 versammelten sich auf dem Bahnhofsvorplatz in Mit-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

tenwald an die 200 Menschen, nunmehr zum achten Mal, um gegen die mörderische Tradition der Gebirgsjäger in dem oberbayrischen Tourismusort zu demonstrieren. Der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" stellte auf dem Bahnhofsvorplatz in Mittenwald ein Denkmal für die Opfer von Nazi-Verbrechen auf. Nach der Enthüllung zogen die Demonstrant_innen lautstark durch die Gemeinde Mittenwald, um die Bürger_inne und Tourist_innen an die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu erinnern und der Opfer zu gedenken. An der Spitze der Demonstration gingen vier Zeitzeug_innen.

Der Arbeitskreis angreifbare Traditionspflege schenkte der Gemeinde Mittenwald außerdem einen „Turm der verleugneten Schuld". Mittenwald ist ein Ort in dem bislang quer durch fast die gesamte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts Militarismus erfolgreich gelebt wurde. Das geht nur, wenn man aktiv verleugnet, hieß es in einer Erklärung. Die fünf Tage später vollzogene Entfernung des Denkmals ist ein Affront gegen die Überlebenden und die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen: Das Denkmal sollte einen dauerhaften Erinnerungsort für die genannten NS-Opfer schaffen. Die Diskussion um das Denkmal hat gezeigt, dass die Bevölkerung in der Gemeinde Mittenwald keine Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Gebirgstruppen im Zweiten Weltkrieg wünscht, nicht einmal ein Gedenken an die Opfer der Verbrechen zulassen möchte. Der Abbau des Denkmals von offizieller Seite spricht für sich.

Antiziganistische Realität in Berlin

Berlin Am 19. Mai versuchte die Berliner Polizei in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Kreuzberg einigen Roma-Familien, die seit einiger Zeit im Görlitzer Park lebten, die Kinder wegzunehmen. Bereits einige Tage zuvor wurden die Roma wiederholt durch Polizeibeamte kontrolliert, drangsaliert und eingeschüchtert. Dies geschah vorwiegend nachts. Durch das Eingreifen von Unterstützer_innen konnte der Versuch, die Familien auseinander zu reißen, verhindert werden. Die Familien fanden zunächst Zuflucht im Bethanien, in dem auch das Wohnprojekt New Yorck zu finden ist. Von Seiten der Berliner Stadtverwaltung wurde nach zähen Verhandlungen lediglich eine Unterkunft im Abschiebelager Motardstraße in Aussicht gestellt. Antirassistische Gruppen mobilisieren seit Jahren gegen die menschenunwürdigen Zustände in diesem Lager. In den Berliner Medien wurde die prekäre Situation der Roma-Familien in einem offen rassistischen Diskurs verhandelt. Die Öffentlichkeit empörte sich nicht über die staatliche Drangsalierung und Repression gegen die Roma, sondern stigmatisierte die Roma, indem jahrhundertealte antiziganistische Stereotypen aufgerufen wurden (vgl. den Artikel von Markus End in dieser Zeitung).

Aufgrund der beengten Verhältnisse im Bethanien entschlossen sich die Roma und ihre Unterstützer_innen am 28. Mai die St. Marien Liebfrauenkirche, ebenfalls in Kreuzberg, zu besetzen. Dort erhofften sie sich Schutz vor weiteren staatlichen Repressalien und eine vorübergehende sichere Unterkunft. Weitere Verhandlungen mit der Sozialsenatorin Knake-Werner (Linkspartei) verliefen allerdings ergebnislos. Als einziges „Angebot" wurde von dieser weiter das Lager in Motardstraße unterbreitet. Bereits am 29. Mai schaffte die Kirchengemeinde ihrerseits Tatsachen: Am Nachmittag bedrohten Gemeindemitglieder die Roma. Neben rassistischen Beleidigungen fiel nach Aussage der Unterstützer_innen auch der Ausspruch „die müsste man in einen LKW sperren und erschießen". Gleichzeitig wurde mit einer Anzeige gegen die Roma und damit einhergehend mit einer polizeilichen Räumung gedroht. Aufgrund der Bedrohungslage entschlossen sich die Roma letztlich für einen vorläufigen Umzug in die Motardstraße.

Bei strömendem Regen wurden die Familien am 11. Juni 2009 auch aus dieser Unterkunft hinausgeworfen. Unter der Bedingung, sich schriftlich zur Abreise aus Deutschland bereit zu erklären, zahlte das Bezirksamt Berlin-Mitte 250 Euro „Entgrüßungsgeld" pro Erwachsenem und 150 Euro pro Kind an insgesamt 110 Personen. Einige Roma haben von Verfolgung und Armut in Rumänien erzählt und betont, dass sie dorthin nicht mehr zurück wollen. Zumindest ein Teil wäre gerne in Deutschland geblieben, um Arbeit zu finden und den Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen. Das ist jetzt erstmal nicht mehr möglich.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Vom russischen Großmachtstreben, Nazimorden und antifaschistischem Widerstand

Interview mit einem Aktivisten aus St. Petersburg, Alhambraredaktion, Juni 2009

Welcher Ideologie folgt die extreme Rechte in Russland?

Generell würde ich sagen, dass die extreme Rechte meist Faschist_innen sind, die ein autoritäres Weltbild haben und eine Kritik am Parlamentarismus von Rechts vortragen. Im Groben sind sie theoretisch nicht so entwickelt wie in Deutschland oder in Italien oder Europa überhaupt. Ein Grund dafür ist, dass es für diese Entwicklung keine Zeit gab, da eine solche Entwicklung in der Sowjetunion mehr oder weniger unterbunden war – wie insgesamt die Entwicklung unabhängiger Gruppen, die nicht regierungskonform waren. Das galt eben auch für Nazis und rechte Gruppen, auch wenn einige Gruppen aus dieser Zeit kommen.

Es gibt unterschiedliche Strömungen. Zuerst ist zu sagen, dass es tatsächlich Nazis gibt, die sich am Nationalsozialismus (NS) orientieren und davon Symboliken kopieren, z.B. den Hitlergruß. Einige, die sich zwar nicht zu den Nazis zählen, sich aber Patriot_innen oder wie auch immer nennen, die sagen, dass wäre ein altslawisches Symbol, genauso wie das Hakenkreuz. Natürlich kann man das Hakenkreuz auch in alten slawischen Ornamenten finden, klar, wie überall im indo-europäischen Raum. Also sie orientieren sich in jedem Fall am NS und lösen die Probleme, die dann auf ideologischer Ebene entstehen dadurch, dass sie sagen Slaw_innen sind auch Arier_innen und dass der Zweite Weltkrieg, dass der Vernichtungskrieg sich auch gegen nicht-arische Völker richtete und der Krieg gegen Russland die Chance der Befreiung von der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung darstellte. Daraus entstehen auch Mythen über Held_innen, die eigentlich Kollaborateur_innen im Zweiten Weltkrieg waren. In der Sowjetunion gab es auch Kollaborateur_innen. Eine wichtige Rolle spielt auch der Antisemitismus. Hier kann man Kontinuitäten bis ins Mittelalter und ins Zarenreich, wo der Antisemitismus sehr krass ausgeprägt war, beobachten. Während der Zeit der Sowjetunion war der Antisemitismus unterschiedlich stark ausgeprägt, aber immer vorhanden. Insgesamt ist der Antisemitismus also sehr präsent, bis in die heutige Zeit. Es gibt einige Nazis für die der Antisemitismus eine sehr wichtige Rolle spielt, aber für Viele ist das zwar bedeutend, aber nicht der Hauptbezugspunkt. Alle sind sich allerdings einig in einem Punkt und dass ist das rassistische Weltbild. Der Unterschied in der Konstruktion von Rassismus in Russland ist, dass die Sowjetunion die Kolonien zum Teil beibehalten hat und daher sind „die Migrant_innen" oft gar keine Migrant_innen, sondern Leute, die den gleichen Pass, die gleiche Staatsangehörigkeit haben. Die Hauptfeindbilder sind die Leute aus dem Kaukasus und Mittelasien. Aus diesen Regionen kommen auch viele Arbeitsmigrant_innen, die illegalisiert leben und von der Polizei besonders schikaniert werden.

Was noch hinzuzufügen ist: Hier in Deutschland hat man oft das Bild von der Sowjetunion als einem emanzipatorischen Projekt, was natürlich nicht so stimmt, weil Sachen, wie Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus, Kolonialismus waren da natürlich präsent. Das hat sich zum Beispiel darin ausgedrückt, dass der sowjetische Mensch russisch gesprochen hat, und die anderen Völker wurden als der kleinere Bruder und als weniger entwickelte Völker behandelt, denen jetzt die Revolution und damit

der Fortschritt gebracht werden sollte. In der vom rechten Antikommunismus so stark traumatisierten deutschen Linken ist mir oftmals ein positiver symbolischer Bezug auf die Sowjetunion und die Rote Armee begegnet. Das kotzt mich echt an, man sollte das erstmal differenzierter denken und verstehen. Die Sowjetunion ist kein Bezugspunkt für Antifaschismus, sondern steht für Etatismus, Stalin, Repression und das GULAG-System, in dem auch Antifaschist_innen vernichtet wurden.

Wie sieht es mit der antifaschistischen Bewegung aus? Wie stark ist die gerade? Welche gesellschaftliche Bedeutung hat sie?

Erst mal muss man überhaupt klären, was man mit einer antifaschistischen Bewegung meint, weil es sogar bis in die extreme Rechte hinein Gruppen – Stalinist_innen oder Faschos – gibt, die sich antifaschistisch nennen. Aber in dem Sinne, dass sie einfach ein positives Bild der sowjetischen Armee und einer „starken Sowjet Union" im Zweiten Weltkrieg haben, aber ansonsten die gleiche rassistische und antisemitische Scheiße verbreiten. Die würde ich natürlich nicht mit einschließen.

Und es gab vor ein paar Jahren bei „Einiges Russland", der Regierungspartei, die die einzige Partei in Russland ist, die Einfluss hat, eine Jugendorganisation "Naschi", die sich als antifaschistisch bezeichnete und dann unter anderem Treffen von Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg an Schulen veranstaltete. Aber das geht dann nicht weit hinaus, es findet keine Kritik am Faschismus statt, stattdessen zum Teil eine Zusammenarbeit mit richtigen Nazis (also gleichzeitig); das ist dann nur populistischer Scheiß.

Es gibt dann auch im so genannten liberalen Spektrum und zum kleinen Teil eben auch bei der Opposition Leute, die sich als „Antifaschist_innen" bezeichnen und natürlich aus meiner linksradikalen Perspektive eher eine begrenzte Kritik daran üben – aber immerhin. In den Medien kommen manchmal auch Klagen über „Rechtsterror" vor und es gab sogar Versuche Antifaschist_innen das Wort zu geben. Auch das kann man verschieden bewerten, aber generell ist das natürlich nicht schlecht. Wenn ich von Antifas rede, schließe ich das alles dann nicht mit ein.

Es gibt NGO's, die dann zum Teil viel Bildungsarbeit leisten und Menschenrechtler_innen, die zum teil auch die Straßen-Antifas unterstützen, wenn die – meistens mit der Polizei – Probleme kriegen. Es gibt auch Leute, die Monitoring machen. Natürlich viel zu wenig, im Vergleich zu Deutschland. Aber wenn man davon spricht kann man die Organisation Sova nicht unerwähnt lassen. Das ist eine Monitoring-Organisation, die sich sehr stark von Gewalt gegen Nazis distanziert; ein klassischer liberaler Menschenrechtszusammenhang, aber die leisten die Arbeit, die wir auf der Ebene eben nicht leisten können. Sie versuchen Monitoring zu machen, das heißt: Wieviel Naziübergriffe es gibt, wieviel Naziäußerungen, Pressemonitoring und so was. Und die Daten zum Beispiel über Morde beziehen wir meistens von denen.

Es gibt auch lokale Organisationen, die nur in einer Region aktiv sind. Und es gibt auch politische Gruppen, die von ihrem Verständnis her auf jeden Fall antifaschistisch sind; zum Beispiel Anarchist_innen und andere nicht-autoritäre Linke, die auch schon immer antifaschistisch waren und sind und bleiben. Die Anarchist_innen spielen in einigen Regionen eine große Rolle in der antifaschistischen Bewegung.

Viele Gruppen – also Antifas – die versuchen den Nazis auf der Straße was entgegen zuhalten, den rechten Terror auf der Straße bekämpfen, fehlt ein tieferes politisches Verständnis. Vielleicht ist es ein bisschen wie in Deutschland in den 80er Jahren, das sind Leute die genug haben vom rechten Terror in den Straßen und sich verteidigen wollen. Es ist allerdings von Region zu Region und von Stadt zu Stadt unterschiedlich, z.B. in St. Petersburg, wo ich herkomme, war die Straßen-Antifa-Bewegung von Beginn an anarchistisch geprägt. In Moskau hingegen war die Rolle von sogenannten apolitischen Antifas sehr groß. Das ist natürlich sehr problematisch, aber es ist natürlich gut, dass Leute was gegen die Nazis tun. Und man muss nicht vergessen, dass jegliche Entwicklung Zeit braucht.

Was meinst Du genau mit „apolitischen Antifas"?

Mit apolitschen Antifas meine ich z.B. Fußball-Hooligans und ähnliche Gruppen, die den Straßenkampf verstehen als Kampf zwischen zwei Gruppen, so auf die Art wir sind die Guten und bekämpfen die Bösen, aber ab davon gibt es sehr wenig inhaltliche Arbeit. Der Straßenkampf ist dann auch eine Art Abenteuer mit sehr viel männlicher Dominanz. Es gibt dann auch sehr viel Machismus und Sexismus und so weiter.

Wie würdest Du die Kräfteverhältnisse zwischen Antifas und Rechten bewerten?

Ich denke das ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Es hängt auch davon ab, wen Du als Antifas oder rechte Gruppen verstehst. Zu Zahlen kann ich daher nicht viel sagen. Bezüglich der Straßendominanz kann ich nur sagen, dass in Russland im Jahr 2008 etwa 100 Menschen von Nazis ermordet (laut Angaben des Sova-Zentrum) wurden, d.h. es gibt fast jeden Tag Morde. Und das sind nur die Zahlen die bekannt geworden sind, es gibt auch eine hohe Dunkelziffer. Oftmals trifft es als Migrant_innen

definierte und stigmatisierte Menschen, aber auch Antifas. Es wäre daher falsch von einer antifaschistischen Dominanz auf den Straßen zu sprechen. Allerdings ist es nicht mehr so wie in den 90er Jahren, als die Nazis offen mit NS-Symbolen, z.B. dem Hakenkreuz, auf der Straße rumlaufen konnten. Zudem konnten die Nazis Treffen oder Konzerte veranstalten, ohne dass sie Angst haben mussten. Es waren damals eher Linke und andere Alternative, die von Straßen-Nazis gejagt wurden. Jetzt hat sich das geändert, vor allem in den großen Städten ist es heute eine richtige Ausnahme Nazis zu treffen, die offen mit faschistischen Symbolen durch die Straßen laufen. In der Stadt Petrozavodsk hat es die Szene geschafft sogar die Nazis aus der Stadt rauszukriegen. Auf jeden Fall ist die symbolische Dominanz der Nazis aus den 90er Jahren gebrochen. Es gibt auch Versuche unter Fußballfans, bei denen rechte Ideologien absolut dominant sind, antifaschistische Gruppen zu gründen, wie das z.B. in Weißrussland bei MTZ-RIPO war. Das war vor einigen Jahren überhaupt nicht vorstellbar, dass antifaschistische Gruppen bei Fußballspielen in Russland präsent sind.

Linke, autonome Zentren, wie sie in Westeuropa oder Polen existieren, gibt es in Russland nicht. Das hat mit dem gesamtgesellschaftlichen Klima und der staatlichen Repression zu tun. Solche Zentren gab es aber. Es gibt auch einige jetzt, aber sie existieren meistens nicht lange und können überhaupt nicht öffentlich agieren. Den Wunsch nach Etablierung solcher Orte gibt es und es gibt wie gesagt immer wieder Versuche das zu schaffen, z.B. gab es in St. Petersburg um 2004 einen Squat, er hieß „Klizma". Man kann sagen, dass sich von da aus die ganze Antifa-Szene entwickelt hat. Einige Leute sind bis jetzt aktiv.

Wie steht eigentlich die Mehrheitsgesellschaft zu den von Dir beschriebenen Auseinandersetzungen von extremen Rechten und Antifas? Oder wie siehst Du generell die gesellschaftliche Situation in Russland, auch in Bezug auf das System Putin?

Die Gesellschaft in Russland ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf jeden Fall sehr stark nach rechts gedriftet. Allerdings kann ich das so genau nicht sagen wie es Anfang der 90er war, weil so alt bin ich doch nicht. In den letzten Jahren hat sich die Situation aber sehr stark zugespitzt. Der Rassismus gegen Migrant_innen – auch im Alltag – hat sich ebenfalls dramatisch zugespitzt, genauso wie der Antisemitismus. Es ist nicht unbedingt korrekt sich antisemitisch zu äußern, aber es ist auch gar kein Tabu. Es ist nicht so wie in Deutschland, wo es zwar viel Antisemitismus gibt, aber Äußerungen zu machen ist tabu, sonst fliegst Du raus aus dem Mainstream. In Russland ist das nicht unbedingt so. Unter anderem mit dem Tschetschenien-Krieg wurde letztlich ein Feindbild geschaffen gegen die Menschen aus dem Kaukasus. Dieses Feindbild ist ähnlich der europäischen Konstruktion des aus der Kolonialzeit stammenden Rassismus, welches die Fremden als wild und ungebildet darstellt. In Russland stellt man die Migrant_innen aus dem Kaukasus und Mittelasien auch als wilde Horden dar, die aus dem Gebirge kommen und angeblich Russland überfallen und „unsere" Frauen vergewaltigen. Die Bilder sind fast identisch mit der europäischen Konstruktion von Feindbildern, z.B. hat sich während des Tschetschenien-Krieges der islamische Fundamentalismus verbreitet, dies wird auch genutzt um die Kaukasier_innen in der Öffentlichkeit als islamische Fundamentalist_innen darzustellen und in der von der Neuen Rechten beliebten Konstruktion des Zivilisationskampfes zu plazieren.

In den 2000er Jahren wurde vom Staat absurder weise ideologisch versucht an das Russische Reich und gleichzeitig an die Sowjetunion anzuknüpfen. Die Sowjetunion und ihre Imperiumsidentität und Großmachtbestrebungen werden aufgegriffen. Propagiert wird ein großes, vereintes und vor allem starkes Russland. Ausdruck hiervon sind zum Beispiel die jährlichen Militärparaden am 9. Mai in Moskau, welche seit einigen Jahren wieder modernste Militärtechnik präsentieren, auch die Atomraketen bei den Paraden sind wieder dabei.

Das System Putin hat sehr stark darauf gesetzt, dass nun der „neue starke Mann" kommt, der Russland wieder zu einer Großmacht werden lässt. Bis 2005/2006 hat Putin nie offen gegen Migrant_innen gehetzt, angefangen hat das mit dem ersten georgischen Konflikt. Ab diesem Zeitpunkt hat Putin die Hetze der extremen Rechten aufgegriffen. Beispielsweise wollte er dafür sorgen, dass die Migrant_innen nur noch eingeschränkt auf Märkten handeln dürfen. Es gab auch ein Gesetz

dazu. Tatsächlich sind die Arbeitsbedingungen auf den Märkten jedoch so schlecht, dass viele Einheimische dort nicht arbeiten möchten und die Migrant_innen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Allgemein würde ich sagen, dass im Mainstream immer mehr Werte vertreten werden, die die extreme Rechte propagiert, z.B. was Filmindustrie, Pop-Musik, Medien allgemein angeht. Gleichzeitig gibt es eine sehr starke Klerikalisierung. Die russisch-orthodoxe Kirche war zwar schon immer extrem rechts, aber in den letzten Jahren hat der fundamentalistische Teil der russisch-orthodoxen Kirche an Einfluss gewonnen. Das hat dazu beigetragen, dass der Antisemitismus beispielsweise an Schärfe zugenommen hat. Die Kirche wird vom Staat administrativ, symbolisch und finanziell massiv unterstützt.

Es lässt sich auch beobachten, dass einige Ideolog_innen der extremen Rechten mittlerweile höhere Positionen in der Regierungsstruktur eingenommen haben. Der russische Sprecher im NATO-Russland-Rat ist Dmitrij Rogozin. Er organisiert in Russland faschistische Aufmärsche mit. Der offizielle Ideologe von „Einiges Russland" Iwan Demidov bekennt sich offen ein Anhänger von Aleksander Dugin zu sein, welcher der prominenteste Vertreter der Neuen Rechten in Russland ist. Auch der Chef der Jugendorganisation von „Einiges Russland" – „Junge Garde" Maxim Mischenko trifft sich offen mit neonazistischen Kadern. Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Daher sehe ich sowohl gesellschaftlich, als auch in den Institutionen, eine starke Tendenz nach rechts.

Nochmal zurück zu der antifaschistischen Bewegung: Es würde mich noch interessieren, ob es eine russlandweite antifaschistische Organisierung gibt oder Kampagnen, an denen vernetzte Gruppen arbeiten?

Verschiedene Städte sind schon vernetzt. Es funktioniert aber nicht auf die Art und Weise, wie es z.B. in Deutschland vor ein paar Jahren funktioniert hat. Bundestreffen gibt es also nicht, aber einige Aktivist_innen kennen sich sehr gut und koordinierte Soli-Aktionen gibt es auch. Internationale Vernetzung gibt es auch, aber eher sporadisch. Einige Gruppen und Einzelpersonen kommen nach Russland um Erfahrungen auszutauschen. Es könnte aber in jedem Fall mehr sein, alle sind jederzeit willkommen. Man sollte sich nicht von dem rechten Terror und der Staatsrepression abschrecken lassen.

Es ist für Antifas in Russland auf jeden Fall wichtig Unterstützung aus dem Ausland zu bekommen. Im Fall von Repression des Staates können russische Behörden sehr gut vom Ausland aus unter Druck gesetzt werden, z.B. durch Soli-Aktionen von westeuropäischen Gruppen. Die Medien in Europa interessieren sich für die Situation in Russland nur, wenn sie sie für die Relativierung der Ungerechtigkeiten in ihrem eigenen Revier instrumentalisieren können. Die Regierung und Großfirmen Russlands, die im Grunde identisch sind, wollen ihrerseits immer wieder ein positives Bild von sich im Ausland verbreiten. Oft wird dabei mit dem Thema „des Landes, welches den Faschismus besiegt hat" gespielt. Wie aber zu sehen ist, bleibt die moderne Realität Russlands weit davon entfernt. Alle möglichen Aktionsformen: Seien es Demos, ein Transparent in der Innenstadt, oder die symbolische Auseinandersetzung mit Objekten, die mit Russland unmittelbar verbunden sind, helfen das Schweigen europäischer Medien zu brechen und den Druck auf die Behörden in Russland zu erhöhen.

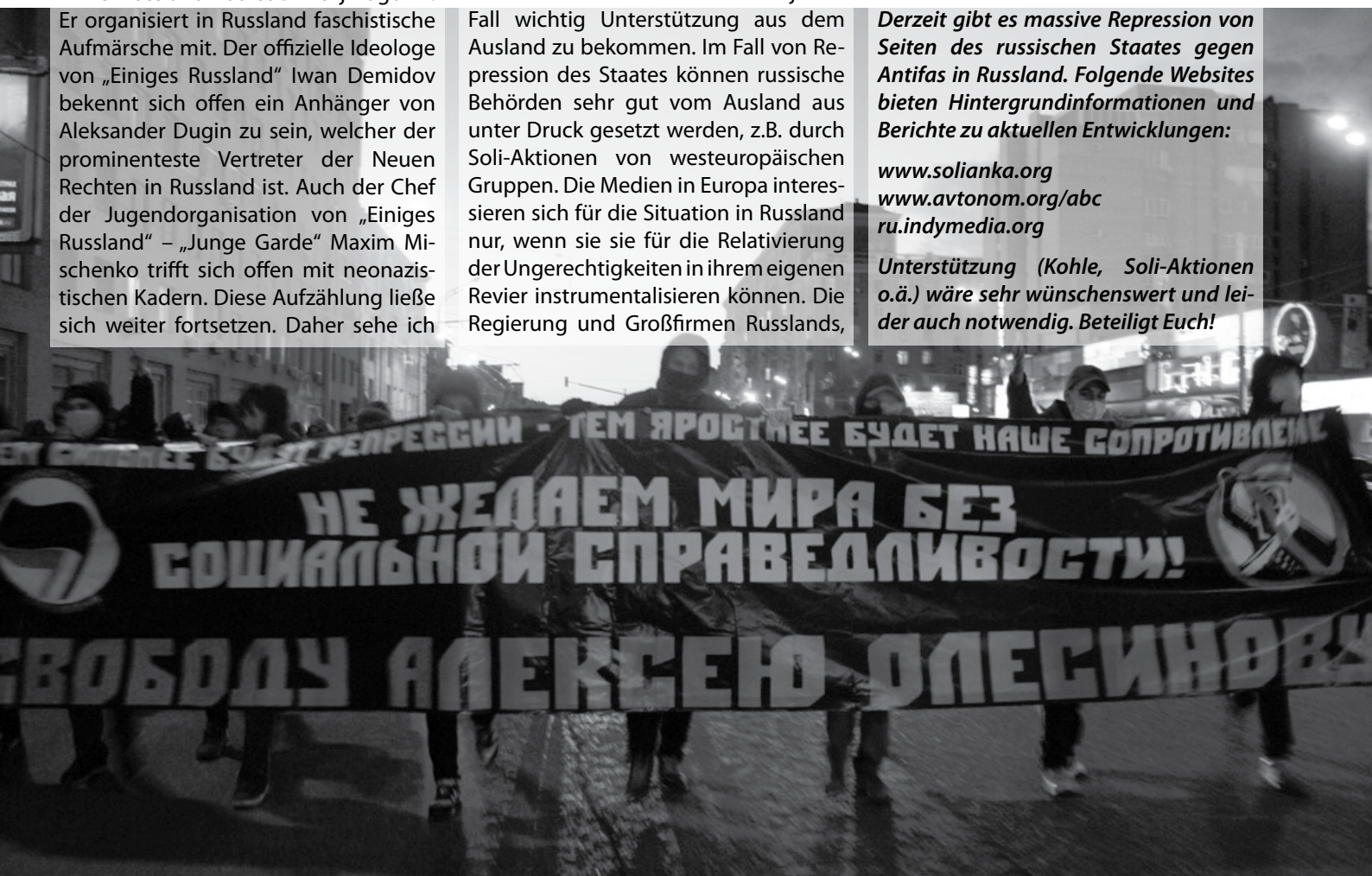
Es ist natürlich auch immer wichtig für die Antifaschist_innen in Osteuropa zu wissen, dass man im Kampf gegen den Faschismus nicht alleine steht. Westeuropäische Antifas ihrerseits können im Kontakt mit Gruppen aus Russland bestimmt auch viel mitnehmen.

Danke für das Interview!

Derzeit gibt es massive Repression von Seiten des russischen Staates gegen Antifas in Russland. Folgende Websites bieten Hintergrundinformationen und Berichte zu aktuellen Entwicklungen:

www.solianka.org
www.avtonom.org/abc
ru.indymedia.org

Unterstützung (Kohle, Soli-Aktionen o.ä.) wäre sehr wünschenswert und leider auch notwendig. Beteiligt Euch!



Schwieriges Outing

In Moskau können Homosexuelle etwas offener leben als in anderen Städten Russlands. Hier haben sie eine Infrastruktur, die allerdings nicht vor homophober Gewalt und vor Repressalien durch die Polizei schützt. Die Politisierung der gleichgeschlechtlichen Bewegung in Russland gestaltet sich schwierig, denn viele Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgenders haben Angst vor Sichtbarkeit.

»Warum wollen diese scheiß Schwulen eine Parade durchführen? Paraden sind den Siegern vorbehalten – haben sie etwa gewonnen?« Auf die Frage eines anonymen Veteranen hatte ein Autor der nationalkonservativen Zeitung Russischer Beobachter folgende Antwort parat: »Womöglich haben sie eine Schlacht gewonnen, nicht aber den Krieg. Einen Krieg werden sie im orthodoxen Russland nie gewinnen.« Nikolaj Aleksejew, Leiter des Projekts GayRussia und Hauptinitiator des vierten Versuches, in Moskau eine Gay-Pride-Parade zu veranstalten, frohlockte hingegen am Tag nach der diesjährigen Veranstaltung in seinem Weblog. »Wir haben wieder gewonnen. Die slawische Gay Pride wurde zum erfolgreichsten und am besten gecoverten Gay-Ereignis in der Geschichte Russlands.«

Dass sich in diesem Jahr mehr Journalisten als gewöhnlich für den Kampf der russischen Schwulen- und Lesbenbewegung für die Anerkennung ihrer Rechte interessierten, lag nicht zuletzt am guten Timing. Am 16. Mai fand in der russischen Hauptstadt das Finale des europäischen Schlagerwettbewerbs Eurovision Song Contest statt. Allerdings hielt selbst die internationale Präsenz die Moskauer Behörden nicht davon ab, die von Aleksejew angemeldete Demonstration zu verbieten. Der langjährige Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow wird, solange er sein Amt bekleidet, keine Gay-Pride-Parade genehmigen, so viel steht fest. Er gilt als Hardliner, wenn es um Verbote oppositioneller Demonstrationen geht und wird seinen Ruf kaum riskieren wollen zugunsten einer »satanistischen« Veranstaltung, wie er die Gay-Prise-Pride bezeichnete.

Luschkows Nachfolger könnte durchaus eine liberalere Linie fahren, aber noch wagt niemand im Kreml, trotz immer wieder auftauchender Gerüchte, am Thron des Moskauer Stadtherrn zu rütteln. Zu sehr haben er und seine Frau Jelena Baturina – die reichste Frau Russlands – die Verhältnisse in der Hauptstadt geprägt.

»Moskau ist ein schwieriges Terrain«, findet der 31jährige schwule Aktivist Aleksej Dawydow. »Hier können sich Homosexuelle mehr erlauben als in einer Kleinstadt und sich der Illusion hingeben, die Verhältnisse seien akzeptabel.«

In der Tat gibt es eine weitläufige Infrastruktur der Lesben- und Schwulenszene. Einige Buchläden vertreiben einschlägige Literatur, bereits seit Jahren existiert eine lesbische Bibliothek, wo neben Lesungen auch kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Im Hof gegenüber der Moskauer Stadtduma befindet sich »Indigo«, der einzige Laden für Schwule, in dem es von Büchern bis hin zur szenigen Unterhose alles zu kaufen gibt. Zahlreiche Clubs wie das »Matriarchat«, »La Femme« oder »12 Volt« halten ihre Pforten für Lesben und Schwule offen. Wer das Eintrittsgeld nicht aufbringen kann oder will und dennoch auf neue Kontakte aus ist, sucht die seit der Perestrojka etablierten Treffpunkte im Zentrum auf. Schwule haben ihren festen Platz an einer Kapelle gegenüber dem russischen Präsidialamt, Lesben am Denkmal für den Dichter Sergej Jesenin etwa 30 Minuten zu Fuß davon entfernt. Zu Zwischenfällen mit der Polizei kommt es dort extrem selten, diese Orte sind alles in allem unspektakulär und entsprechen keineswegs den von Moralhütern verbreiteten Schreckensszenarien. Nach wie vor aber sind ungestörte soziale Kontakte zwischen Homosexuellen zum großen Teil in die Küche verbannt, ganz wie zu Sowjetzeiten. Und so hält es mangels Geld auch Aleksej.

Die Moskauer Pride-Parade hat in anderen russischen Städten keine Entsprechung. Aber auch in der Hauptstadt wird die Veranstaltung nur von einer Minderheit offen unterstützt. Die Verfechter der Parade werden mit teils heftiger Kritik konfrontiert, auch und gerade von Lesben, Gays, Bisexuellen und Transgenders – kurz LGBT. Einige finden, der »Spaziergang« sei nur eine kommerzielle Glitzer-Veranstaltung, die

von den wesentlichen Problemen wie Gewalt, alltäglicher Diskriminierung und rechtlicher Gleichstellung von homosexuellen Menschen ablenkt. Andere dagegen haben schlicht Angst vor Sichtbarkeit und sehen durch die Parade den Status quo gefährdet.

Aleksej kann ein Lied davon singen. Er gehörte anfangs noch dem Organisationskomitee der Parade an, seit einiger Zeit baut er aber eigene Strukturen auf. Dabei stützt er sich lieber auf Leute aus der Provinz. »Für sie ist der Handlungsdruck erheblich größer«, sagt er. Aleksej hält erfolgreichen Schwulen wie Eduard Mischin, dem Betreiber von »Indigo« und Chefredakteur der Publikationen Gay.ru und Queer, vor, durch ihre Distanzierung von der Gay-Pride-Parade lediglich ihre ureigensten kommerziellen Interessen zu schützen. »Man will sich keinen überflüssigen Ärger einhandeln, fürchtet aber auch neue Konkurrenten auf dem Markt, sollte es zu einer Popularisierung der homosexuellen Kultur über die bekannten Grenzen hinaus kommen.« Aleksej teilt die russische LGBT-Community in zwei Flügel: Radikale, die in der Verfassung verankerte Rechte einfordern und sich dem politischen Kampf verschrieben haben, und eine »softe« Fraktion, die sich von einer zurückhaltenden Aufklärung mehr Erfolg verspricht und sich bestenfalls für die Rechte homosexueller Paare auf Kinderadoption einsetzt. »Diese bilden eine klare Mehrheit«, sagt er. Verweise auf notwendige politische Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Rechte Homosexueller begegne man gerne mit dem Argument eines »russischen Sonderwegs«.

»Ich selbst bin ein Radikaler, ein Bürgerrechtler«, sagt Aleksej von sich. »Der Weg dahin aber war lang und schmerzhaft.« Aufgewachsen sei er in Sibirien, in Rostow am Don und in Liski im Woronezher Gebiet. »Eines Abends muss mich jemand aus dem Fenster eines nahe stehenden Hauses bei einer zärtlichen Umarmung mit meiner damaligen großen Liebe beobachtet haben.« Bei der Verabschiedung im Halbdunkeln sah Aleksej seinen Freund zum letzten Mal lebend. Das war im Jahr 2001. Es folgten erste öffentliche Kampagnen und der bislang erfolglose Versuch, über Abgeordnete die Anerkennung Homosexueller als sozialer Gruppe durchzusetzen, um die spezifischen Formen der Diskriminierung von Homosexuellen rechtlich verhandelbar zu machen. Drohungen blieben nicht aus, erzählt Aleksej, einschüchtern lassen habe er sich davon nicht. »Ich habe nichts zu verlieren, deshalb kann ich offen als Gay-Aktivist auftreten«, lautet sein nüchternes Fazit. »Meine Eltern starben als ich drei Jahre alt war, deshalb muss ich auch keine Rücksicht auf eventuelle Befindlichkeiten von Familienmitgliedern nehmen.«

Andere können sich in dieser Hinsicht weniger leisten. Roman ist Ende 20 und hatte das Pech, bei einer Protestabstimmung während der vorigen Dumawahlen im Dezember 2007 in seinem Wahllokal kurzzeitig verhaftet zu werden. Die Polizei nahm seine Personalien auf. »Bereits am nächsten Tag meldete sich meine Mutter telefonisch bei mir, sie war geschockt und bat mich eindringlich darum, meine öffentlichen Gay-Aktivitäten umgehend einzustellen. Andernfalls, so wurde ihr gedroht, verliere sie ihren Job in der Stadtverwaltung der Kreisstadt Bobrow im Süden Russlands.« Roman bringt sich zwar nach wie vor aktiv in die russische LGBT-Bewegung ein, seitdem allerdings nur noch anonym.

Im Jahr 2006 führte das russische Meinungsforschungsinstitut »Stiftung öffentliche Meinung« zum bislang letzten Mal eine Umfrage zur Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber sexuellen Minderheiten durch. Diese ergab, dass knapp die Hälfte der Befragten eine negative Einstellung zu Homosexuellen hat, während 40 Prozent eine neutrale Haltung angaben. Diese Ansicht teilten nach den Studienergebnissen überwiegend Frauen, jüngere und gebildete Menschen und Einwohner Moskaus oder anderer Großstädte. Der Schein des nach außen verhältnismäßig liberalen Moskau relativiert sich jedoch bei einem Blick auf eine andere Umfrage, welche im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts der Moskauer Helsinki-Gruppe und dem Netzwerk russischer LGBT-Organisationen entstand. Danach gaben insgesamt 90 Prozent der über 3 000 Befragten an, als Homosexuelle Diskriminierungen ausgesetzt gewesen zu sein. 27 Prozent waren Opfer physischer Gewalt gewesen, wobei sich in dieser Frage zwischen Moskau und St. Petersburg einerseits und der russischen Provinz andererseits nur der Unterschied feststellen ließ, dass das Risiko wiederholter Übergriffe in der Provinz etwas höher liegt. Ein Viertel der Befragten berichtete von Willkür oder Übergriffen seitens der Polizei. Hier steht Moskau eindeutig schlechter da als andere Städte, was sicherlich nicht zuletzt an der im Vergleich zu anderen Orten viel präsenteren schwul-lesbischen Szene liegt. Am Arbeitsplatz outeten sich weniger als ein Fünftel der Befragten. Gleichzeitig fühlen Homosexuelle sich in Moskau in geringerem Maße als in anderen Städten Russlands psychischem Druck ausgesetzt.

Im Falle einer offensichtlichen oder unterschwelligen Diskriminierung ist allerdings guter Rat teuer, oder man beschränkt sich auf der Suche nach Unterstützung auf Freunde und den engsten Bekanntenkreis. Selbst in Moskau fehlt es an adäquaten Beratungsstellen. Projekte wie GayRussia sind eher auf politische und rechtliche Aufklärung und die Verbreitung von Informationen als auf die Beratung einzelner Menschen in Krisensituationen eingestellt. Landesweit sieht es nicht besser aus.

Im Oktober 2008 fand in Moskau eine Konferenz russischer Bürgerrechtsorganisationen statt, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenders einsetzen. Immerhin 100 Personen aus 28 Städten im europäischen Teil und aus Sibirien waren anwesend. Viele Teilnehmer wussten vorher von der Existenz der anderen Organisationen nichts, es fehlt an einer internen Koordination, ohne die an eine Konsolidierung der LGBT-Bewegung nicht zu denken ist.

»Nach der Abschaffung des Artikels 121 des russischen Strafgesetzbuchs im Mai 1993 haben sich viele Homosexuelle lange der falschen Auffassung hingegeben, dass von nun an automatisch Schluss mit jeglicher Diskriminierung ist«, erzählt Aleksej, »dadurch ging eine Menge wertvoller Zeit verloren«, da ist er sicher. »Mit der Aufhebung der Strafbarkeit für freiwillige sexuelle Beziehungen unter Männern wurde zwar ein wichtiger Schritt getan, der aber war nur ein Anfang.« Dabei bezieht er sich beispielsweise auf die Psychiatrisierung lesbischer Frauen, die nach wie vor praktiziert wird, ohne dass dies in der öffentlichkeit wahrgenommen wird. »Es mag sich dabei um seltene Einzelfälle handeln, aber jeder einzelne ist schließlich einer zu viel.« Wie der Fall der Moskauerin Ksenija, die zum Zeitpunkt ihrer Einlieferung im Jahr 2002 noch nicht volljährig war. Ihre Mutter hatte zufällig von der Liaison ihrer Tochter mit einer Freundin erfahren und beschlossen, diesem Lebenswandel ein abruptes Ende zu setzen.

Dafür, dass sich so etwas nicht wiederholt, engagiert sich die 23 Jahre alte Tatjana Liss mit ihrem Theaterprojekt. Ihre Wohnküche im achten Stock eines Hochhauses südlich des Moskauer Stadtzentrums ist eine Art Salon, in dem eine kreative und quirlige Atmosphäre herrscht. Für heute sind Proben angesetzt, aus dem Nebenzimmer dringt der Gesang professionell geschulter Frauenstimmen. Für Tatjana fing alles mit der großen Liebe an. Nach dem Schulabschluss wollte sie der Journalistin Anna Politkowskaja nacheifern, die für ihre mutige Berichterstattung über den Tschetschenien-Krieg und seine Folgen bekannt geworden war. »Die Auseinandersetzung mit dem Genre Kriegsjournalismus hat mich abgehärtet, zum Traumberuf wurde er nicht«, erzählt Tatjana. Sie suchte nach einer anderen Beschäftigung, begann sich für Kinderpsychologie zu interessieren und landete schließlich als Agentin im Theaterbusiness. »Zu meinen Klienten gehörte ein junger, talentierter Schauspieler, für den ich mehr als nur freundschaftliche Gefühle empfand. Irgendwann sagte er mir, er sei schwul.«

Als sie begriff, welcher Druck auf Schwulen lastet, die in einer homophoben Umgebung leben, begann sie mit ihrem Projekt »Art-Labor Liss-Group«, welches russischen Zuschauern eine offene Einstellung gegenüber Homosexuellen näher bringen und gegen verbreitete Vorurteile vorgehen will: durch die gezielte Wahl der Rollen und die Einbindung homosexueller Darsteller, aber ohne plumpe Propaganda. »Ich denke, die russischen Zuschauer sind dem Thema an sich gegenüber sehr offen«, ist sich Tatjana sicher. Ihre Verwandten sind es weniger. Ihnen zuliebe hat sie sich einen anderen Nachnamen zugelegt. »Um mich mache ich mir keine Sorgen, aber ich habe Angst um andere.«

Tatjana hat insgesamt 60 Schauspieler und Schauspielerinnen unter Vertrag. Von den männlichen Darstellern sind etwa 90 Prozent schwul. »Viele habe ich über eine intensive Suche in der Provinz gefunden, andere kommen von selbst.« Das hat seine Gründe. Tatjana und ihre rechte Hand, die Schauspielerin Anna, sorgen für eine Rundumbetreuung. Sie besorgen die für Moskau notwendigen Meldepapiere, wenn nötig eine Bleibe, bieten auf jede einzelne Person abgestimmtes individuelles Schauspieltraining und versuchen, ihren Nachwuchstalenten durch psychologische Unterstützung ihr Selbstvertrauen zurückzugeben. Dafür muss auch die Atmosphäre im Kollektiv stimmen. »Die Heteros im Projekt waren anfangs erstaunt, als sie feststellten, wie offen hier Homosexualität ausgelebt wird, und kamen schnell damit gut klar«, erzählt sie.

Bislang arbeiteten sie an kleineren Aufführungen, im September findet die Premiere des dreistündigen Spektakels »Spiel in Versailles« statt. In der Öffentlichkeit sind sie bislang nicht auf Anfeindungen gestoßen, ob sich das mit der wachsenden Bekanntheit des Projekts ändern wird, ist noch offen. Tatjana tritt auch als Sponsorin von LGBT-Aktionen auf, ohne dies allerdings öffentlich zu betonen. Die Mittel dafür stammen hauptsächlich aus einer Erbschaft. Ganz eindeutig positioniert sie sich bei der »soften« Fraktion, deren Zurückhaltung Aleksej kritisiert. »Ich bin für die Pride«, sagt sie. Offen als Unterstützerin auftreten möchte sie allerdings nicht. »Nicht, weil ich Konflikte scheue, sondern weil ich sicher bin, aus meiner derzeitigen Position heraus viel mehr erreichen zu können.«

Aus der Jungle World Nr.23

Ein Interview mit antifaschistischen Genoss_innen aus Weißrussland

Könnt ihr euren politischen Hintergrund und eure Aktionen beschreiben? Seid ihr mehr damit beschäftigt subkulturelle Veranstaltungen (Konzerte, ...) zu organisieren oder organisiert ihr eher Demonstrationen, verteilt Flugblätter oder sprüht Graffiti (wenn ja, zu welchen Themen)?

Trick: Ich bin in verschiedenen anarchistischen Projekten aktiv: ABC (Anarchist Black Cross), Besetzung für ein soziales Zentrum. Im Moment versuchen wir die Arbeiter_innenbewegung zu mobilisieren (die Sowjetunion hatte einen großen Einfluss auf den Wunsch der ArbeiterInnen, für ihre Rechte zu kämpfen). Was antifaschistische Aktionen angeht – ich übersetze vor allem englische Texte, manchmal zeichne ich Schablonen. Mit der Verteilung von Flyern ist es schwer, weil wir nicht mehr als ein paar Tausend drucken können.

Track: Ich bin ein Anarchist. Obwohl ich subkulturelle Veranstaltungen für relativ interessant halte und finde, dass sich die Events und Texte sehr gut eignen, um soziale Fragen öffentlich zu machen und neue AktivistInnen einzubeziehen, beteilige ich mich nicht an der Organisation. Wenn ich die Zeit und Möglichkeiten habe, beteilige ich mich an verschiedenen Arten von direkten Aktionen im Bezug auf alle möglichen Themen, angefangen bei allgemeinen anarchistischen Zielen wie dem Umsturz des Staates und dem Abschluss lokaler Angelegenheiten, wie z.B. Aktionen gegen die Erstellung einer Datenbank für die Fingerabdrücke weißrussischer Staatsangehöriger.

Dicky: In Weißrussland ist es so, dass fast jede Person, die in der DIY (do-it-yourself)-Punk-Subkultur aktiv ist, auch an einer anarchistischen oder antifaschistischen Aktion beteiligt ist. Ich selbst gebe ein Punk-Magazin heraus und verteile es, ich bin im Internet in einem anarchistisch-feministischen Projekt und in der Bewegung der Hausbesetzer_innen aktiv und ich trommle mit einer Samba-Band auf Demonstrationen und Straßenfesten.

Wie seht ihr das Regime von Lukashenko und was sind die Konsequenzen für eure politischen Aktionen?

Trick: Ich denke, dass das Lukashenko Regime europäischen Demokratien sehr ähnlich ist. Aber in der EU sind die Systeme der Unterdrückung wesentlich komplizierter und in Weißrussland haben sie nicht so viel Erfahrung mit der Bekämpfung von Graswurzelinitiativen, also benutzen sie vor allem Schlagstöcke und ... Schlagstöcke. Der KGB arbeitet stark daran, die nationalistische Opposition zu bekämpfen, aber sie schätzen Antifaschist_innen immer noch nicht als eine Bedrohung ein.

Track: Bevor ich zum Anarchismus gekommen bin, war ich Teil einer oppositionellen Jugendbewegung, die dazu neigte, Lukashenko als das größte Übel für die Menschen anzusehen und jeden demokratischen Kandidaten der Opposition begrüßte. Dann verstand ich, wie faul die Struktur der Bewegung war und dass die Koordinator_innen nur Geld machen wollten. Jetzt sehe ich das Regime als eins von zahlreichen bösen Systemen der Welt. Ich schätze es immer noch schlechter ein als die meisten europäischen Regierungen, zum Teil vielleicht weil wir die Freiheiten, die ihr gerade durch viele Gesetzesprojekte beginnt zu verlieren, nie besessen haben.

Dicky: Heute ist das Lukashenko Regime eine Mischung aus neoliberalen Wegen

für wirtschaftliche und Machtkontrolle über das öffentliche Leben. Das soziale Land ist ein Mythos! Politische Aktionen gehen in Weißrussland – wie überall – gegen Kapitalismus, gegen die Regierung, gegen Militarismus. Lukashenko plant immer noch ein Atomkraftwerk zu bauen (für mehr Informationen: http://belarus.indymedia.org/15468). Aber ich denke es sollte nicht nur um das Regime von Lukashenko gehen. Alle Regierungen sind Scheiße und Lukashenko ist nur einer von ihnen.

Wie ist die Situation der antifaschistischen Bewegung in Weißrussland? Wie sind die Beziehungen zwischen euch und anderen oppositionellen Gruppen (politischen Parteien, NGOs, ...)?

Trick: Heute sind die meisten Antifaschist_innen hier nur Antirassist_innen. Das Hauptproblem ist, dass die Leute mit dem Verstehen des Problems nicht weiterkommen wollen. Manchmal denke ich, dass die Leute in den Gruppen von Straßenkämpfer_innen nur an der Bewegung teilnehmen, um sich zu schlagen und ihre Wut los zu werden.

Alle politischen Parteien in Weißrussland sind lächerlich: es gibt ein paar rechte, nationalistische Parteien und ich glaube eine gemäßigte Partei. Sie kämpfen alle mit der Regierung von Lukashenko (die mit keiner Partei verbunden ist), nur um etwas Geld von der EU zu bekommen. Bei der letzten Demo "Chernobylski shlah" kam raus, dass sie tot sind, weil ihre Alternative zur Staatspolitik Neoliberalismus ist und Lukashenko sich gerade dem Neoliberalismus zuwendet. Was die Kooperationen mit diesen politischen Parteien angeht – manchmal organisieren sie Demonstrationen, wo wir als ein separater Block teilnehmen. Was NGOs angeht – ich hab noch von keiner NGO gehört, die irgendetwas tut. Eigentlich habe ich noch von überhaupt keiner NGO in Weißrussland gehört.

Track: Naja, in Weißrussland gibt es keine organisierte Bewegung im eigentlichen Sinne. Es gibt ein paar Gruppen und Einzelpersonen, die man bzgl. ihrer Ziele in 3 Hauptgruppen aufteilen kann: Anarchist_innen, die in erster Linie Antifaschist_innen sind; Leute aus der HC-Szene, die nicht politisch aktiv sind aber aktive Antirassist_innen sind; und ein paar Fußball-Hooligans, deren Gegner_innen zum Teil Anhänger_innen rassistischer Meinungen sind. Die meisten von ihnen kennen sich zumindest vom Sehen, weil die antifaschistische Szene genau wie die Szene der Nazis nicht groß ist.

Was oppositionelle Gruppen angeht, gehören sie zu zwei Hauptsparten: Diejenigen, die das Naziproblem nicht für wesentlich halten und diejenigen, die gegen die Einstellungen von NeofaschistInnen und Neonazis in Weißrussland sind und sogar behaupten, Antifaschist_innen aus den oben genannten Gruppen in ihrem Kampf zu unterstützen. Aber es ist so, dass die meisten profaschistischen Gruppen in Weißrussland pro-russisch und pro-slawisch sind. Es gibt also manchmal Forderungen gegen den russischen Imperialismus, aber nicht gegen faschistische Vorstellungen als solche und es gibt auch ein paar pro-weißrussische Gruppen, die ultra-rechte Meinungen vertreten aber gegen diejenigen kämpfen, die eigentlich dieselben Meinungen vertreten, nur pro-russisch.

Dicky: Die antifaschistische Bewegung in Weißrussland ist in den meisten Fällen eine antirassistische Bewegung. Sie besteht aus Straßenkämpfen mit Nazis, Graffiti, dem Verhindern von Nazi-Konzerten. Damit ist alles in Ordnung. Für mich ist Antifaschismus mehr, aber für viele Teilnehmer_innen der „antifaschistischen" Bewegung ist es in Ordnung, anarchistische Ideen nicht zu unterstützen, homosexuelle Leute nicht zu tolerieren und sexistisch zu sein. Das ist Scheiß-Osteuropa! Beziehungen zwischen uns und politischen Parteien und NGOs sind nicht so gut. Wir mögen Politiker_innen und Geldsauger_innen nicht. Und ich denke, dass sie uns auch nicht mögen. Bei den großen Demos, wenn wir unter politischen Parteien sind, spalten wir unseren Block oft ab.

Auf welcher Ideologie basiert die weißrussische Nazi-Bewegung? Wie sehen sie das Regime von Lukashenko und wie reagiert das Regime auf ihre Aktionen? Ist die Bewegung der Nazis eine bedeutende Kraft in der Gesellschaft? Und stellen sie in eurem Alltag eine wirkliche Bedrohung dar?

Trick: Ideologie? Naja, ich denke sie haben keine. Weißrussische Nazis sind meistens Fußballfans, die nur Nazis sind, weil die Fans der anderen Fußballclubs Antifaschist_innen sind.

Vor ein paar Jahren gab es die nationalsozialistische Organisation „Weißer Wille". Ihr Hauptprogramm war voller linker Ideen, aber innerhalb kürzester Zeit gab es sie nicht mehr. Die russische NBP (Nationalbolschewistische Partei) und die Slawische Union haben auch nur wenige Mitglieder. Diese Leute sind vor allem bei aktiven Kämpfen beteiligt... in ihren eigenen Internetforen.

Ich denke, dass die meisten Nazis das Regime von Lukashenko als Feind wahrnehmen. Ich weiß wirklich nicht warum, aber vielleicht ist einer der Gründe, dass Lukashenko nicht viel über Nationalis-

mus spricht. Was die Reaktion des Staates angeht... in Brest gab es ein paar Unfälle, als die Polizei Nazis benutze, um Antifaschist_innen anzugreifen.
In der Gesellschaft sind Nazis wirklich schwach. Sie haben überhaupt keinen Einfluss auf irgendwas. Dennoch gibt es einen starken „Küchen"-Rassismus. Er hat keinen Einfluss auf das Leben von Immigrant_innen, weil es in Weißrussland nicht viele Immigrant_innen gibt. Das Hauptproblem, das Nazis verursachen ist, dass sie ein paar Skinheads und Fußballfans zusammenschlagen. Aber diese Grenzen überschreiten sie wirklich selten.

Track: Naja, wie ich vorher schon gesagt habe, es gibt Parteien wie die „Russisch Nationale Union" und die „Nationalbolschewistische Partei", die eine russisch/slawische Vereinigung unter einer Regierung und die Repatriierung der „anderen" anstreben. Ihre Aktionen bestehen vor allem aus Graffiti und Stickern. Es gibt auch weißrussische ultranationalistische Parteien wie „Die Rechte Allianz", die für einen starken weißrussischen Nationalstaat eintritt und sich mit dem Problem der Immigrant_innen und Aktionen der linken Gruppen beschäftigt. Diese Parteien sind noch nicht einmal registriert, deswegen haben sie sowieso keinen Einfluss auf die Politik in Weißrussland. Es gibt auch ein paar Anhänger_innen faschistischer Meinungen unter Fußballfans und einigen anderen Gruppen, aber ihre Aktionen sind überwiegend „anti-antifa", weil es in unserem Land nicht viele Migrant_innen gibt.

Ich persönlich bin Nazis nur zweimal begegnet. Das eine Mal war der Soziale Marsch 2007. Neonazis sind für Anarchist_innen in Minsk kein Problem. In ganz Minsk gibt es vielleicht ein bisschen mehr als hundert Leute, die mit der Doktrin verbunden sind. Aber ihr Nationalsozialismus endet in Kämpfen mit AFA-Hooligans. Sie sind marginalisiert und machen keine Aktionen gegen Anarchist_innen, es gibt nur zufällige Straßenkämpfe.

Dicky: Ich denke, dass die Mehrheit der weißrussischen Nazis Fußball-Hooligans sind, die keine starke nationalsozialistische Ideologie haben.
Sie sind nur sowas wie „anti-antifa" und nur dumme Scheiße.
Es gab vor ein paar Jahren eine nationalsozialistische Organisation „Weißer Wille". Sie sprachen über soziale Themen und kritisierten Lukashenkos Politik. Wir hatten bei der großen sozialen Demo im November 2007 einen Kampf mit ihnen. Jetzt gibt es diese Organisation nicht mehr. Und vielleicht weniger verrückte intellektuelle Nazis, Nationalist_innen und Internetkrieger_innen.
Ich habe von nationalsozialistischen Autonomen in Weißrussland gehört, aber ich habe sie noch nie gesehen. Es gibt nicht viele Leute mit einem „nichteuropäischen Aussehen" in Weißrussland und Nazis kämpfen nur mit Antifaschist_innen, Leuten aus der Subkultur, sprühen Graffiti und sitzen im Internet. Ältere Typen denken, dass die Kämpfe mit Antifaschist_innen über all die Jahre die Aggression der Nazis von den Immigrant_innen abgelenkt hat. Vielleicht stimmt das. Nazis stellen in meinem Alltag keine wirkliche Bedrohung dar. Sie können mich nur zusammenschlagen, aber nie töten.

Wie seht ihr eure Situation als Antifaschist_innen in Weißrussland, auch wenn ihr sie mit der Situation der deutschen/westeuropäischen, radikalen linken/antifaschistischen/autonomen Bewegung vergleicht? Gibt es Kontakte, Solidarität und vielleicht etwas, das verbindet? Wie seht ihr die deutsche/westeuropäische Bewegung im Allgemeinen?

Trick: Es ist wirklich schlecht, dass sich Antifaschist_innen hier nicht als Teil eines sozialen Kampfes sehen, so wie ihr das in Westeuropa tut. Solidarität ist vor allem unter linken Antifaschist_innen verbreitet, die in anderen Bewegungen aktiv sind. Und was die deutsche Bewegung im Allgemeinen angeht... sie ist definitiv organisierter, radikalisierter und natürlich ist sie politischer.

Track: Naja, ich sehe die westeuropäischen, als auch die weißrussischen Szenen als in sich geschlossen. Das ist zum Teil so, weil in unserem Land jede politische Bewegung marginalisiert ist und die Gesellschaft im Allgemeinen nicht beeinflusst. Was den Vergleich mit der westlichen Bewegung angeht, sie ist viel größer und breiter, weil einige europäische Länder alte, linke Traditionen haben und insgesamt im Bezug auf Politik viel liberaler sind. Ich denke, dass die radikalen linken/antifaschistischen/autonomen Bewegungen jetzt weltweit miteinander verbunden sind, weswegen wir dieselben solidarischen Aktionen durchführen und wenigstens verbale und erfahrenere Unterstützung von unseren ausländischen Genoss_innen erfahren. Hier gibt es ein paar Informationen über uns auf Deutsch: http://ajb.blogsport.de/?p=118

Dicky: Ich habe geschrieben, dass die antifaschistische Bewegung in Weißrussland anders als in Westeuropa in den meisten Fällen antirassistisch ist. Ich hoffe, dass sich diese Situation ändert. Wir sind offen für Kontakte und Vereinigungen, weil wir dasselbe tun.

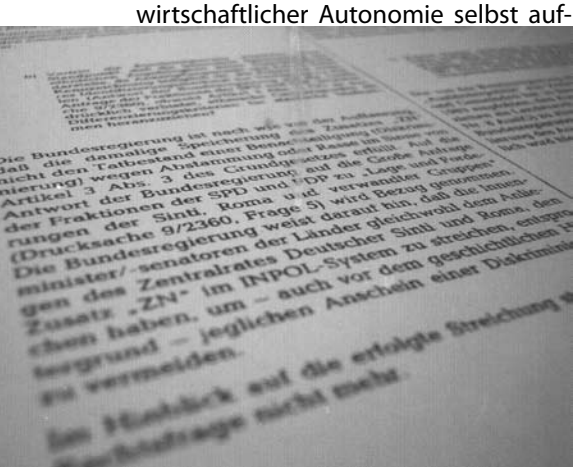
Roma in Rumänien

Ausgrenzung par excellence

In Rumänien leben die meisten Roma in ganz Osteuropa. Bei Volkszählungen erklärt sich eine große Zahl von ihnen, vor allem die sesshaften Roma als Rumänen oder Ungarn. Aktuelle Schätzungen nehmen zwei bis drei Millionen Roma innerhalb Rumäniens an. Die große Mehrheit der Roma spricht Rumänisch, ein kleiner Teil – in Siebenbürgen – ungarisch. Manche sprechen auch noch Roma-Dialekte. [Das ist kein Dialekt, sondern eine Sprache (Romanes), die „noch" gesprochen wird, Anm. d. Red.] In den ehemaligen Siedlungsgebieten der Siebenbürger-Sachsen und Banater-Schwaben gab es bis zum Zweiten Weltkrieg auch deutschsprachige Roma. Die meisten Roma sind sesshaft, nach wie vor gibt es aber nomadisierende Roma.

Dokumentiert ist das Leben der Roma seit Ende des 14. Jahrhunderts in den Fürstentümern Moldau und Walachei, aus deren Zusammenschluss im 19. Jahrhundert der rumänische Staat hervorging. Sie waren Leibeigene und wurden mit den Gütern verkauft. Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1856 wurde ihre Rechtlosigkeit beendet. 200 000 Roma wurden befreit. Die Roma erhielten nie eine Anerkennung als Nationalität und waren damit als Minderheit rechtlich sehr schlecht gestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend längst sesshaft geworden, lebten sie am Rande von Dörfern und Städten ihr eigenes Leben, obwohl sie mit den Bewohnern durch vielfältige Berufstätigkeiten (Erntehelfer, Händler, Handwerker) verkehrten.

Von der Mehrheitsgesellschaft stets ausgeschlossen und diskriminiert, konnten die Roma bis zum Zweiten Weltkrieg, für ihren Lebensunterhalt in weitgehender wirtschaftlicher Autonomie selbst aufkommen. Mit Beginn des Krieges waren sie von Deportationen nach Bessarabien und Transnistrien betroffen. Allein aus Bukarest und Umgebung sollen unter der Antonescu-Diktatur 25 000 Roma deportiert worden sein. 36 000 sollen – laut Bericht der rumänischen Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen – in Folge der Deportationen in Rumänien zu Tode gekommen sein.



In den 1950er Jahren unternahm die damalige Regierung unter Gheorghe Gheorghiu-Dej Schritte zur Anerkennung der Roma. Jedoch zeigten sich darin – beispielsweise traten nun Roma Chöre bei Staatsakten auf – die ambivalente antiziganistische Haltung der rumänischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma: Bewunderung für Zigeunerromantik und Musiktalent der Roma, bei gleichzeitiger Verachtung ihres Lebens in direkter Nachbarschaft. Die relativ kleine Gruppe der nomadisierenden Roma wurde vor allem unter Nicolae Ceaușescu zur Sesshaftigkeit gezwungen. Man konfiszierte ihre Wägen und Zelte und verwies sie in leer stehende, vormals enteignete, Bauernhöfe. Zudem wurde durch die massive Industrialisierung vielen Roma die Lebensgrundlage entzogen. Ein Verbot privaten Kleingewerbes, sowie die Annullierung der Handels- und Handwerkszulassungen der Roma tat ein Übriges und beschleunigte die wirtschaftliche und soziale Verelendung. Der unter Ceaușescu forcierte Nationalismus trug zur weiteren Diskriminierung der Roma bei. Als Ärgernis empfanden nun viele Rumänen – rumänisch: Romani – bereits den Namen der Roma – rumänisch: Romi. Die Ähnlichkeit war ihnen zu nah. Zudem wurden die Rumänen im ungarischen Kneipenchauvinismus als Zigeuner bezeichnet, die in das innerhalb dieses Weltbildes eigentlich angestammte ungarische Siebenbürgen irgendwann im Mittelalter herumziehend eingedrungen seien.

Ab der »kleinen Kulturrevolution« 1971 wurde der verelendete Teil der Roma weitgehend sich selbst überlassen. In der Öffentlichkeit war von den Roma nun nicht mehr die Rede, selbst ihre folkloristischen Auftritte wurden stillschweigend eingestellt. Dies war die allgemeine Methode der Ceaușescu-Nomenklatur Probleme zu lösen: man ließ sie verschwinden und verbannte sie aus der Öffentlichkeit. Ceaușescus Rumänien war ein Land der gesunden Mehrheit. Vielleicht konnten sich deshalb so viele mit dem politischen Regime identifizieren. Von den Roma war ebenso wenig die Rede wie von Behinderten oder Homosexuellen.

Elend, Analphabetentum aber auch die diskriminierende Gesetzgebung begünstigten die Kriminalisierung der Roma. Dennoch treffen die meisten nur ihnen geltenden Vorwürfe nicht zu: Mit den beginnenden 1980ern wurde der Schwarzmarkt in der ansonsten zum Stillstand gekommen Binnenökonomie überlebensnotwendig. Nach 1989 wurde den Roma dann vorgehalten, sie hätten unter Ceaușescu den Schwarzhandel beherrscht. Tatsächlich waren viele Roma-Familien am Schwarzhandel beteiligt gewesen. Zum einen blieb ihnen häufig gar nichts anderes übrig und zum anderen aber beschäftigte sich halb Rumänien in irgendeiner Form mit Schwarzhandel. Vermutlich wäre es ohne einen florierenden Schwarzhandel und einer entsprechenden Korruption viel früher zu einem Kollaps des Regimes gekommen. Letztlich lässt sich sagen, dass die Roma nach dem Zweiten Weltkrieg immer weiter in die wirtschaftliche und soziale Verelendung gedrängt und gesellschaftlich ausgeschlossen wurden. Ausgenommen waren davon nur die Roma, die zu einer völligen Assimilation bereit waren und dann – anerkanntermaßen – zu dem wurden, was sie letztlich vorher schon waren: Rumänen.

ALBERT ZECHERU/ZAG
aus: ZAG 54, 2009

Des Nazis Freund und Helfer

In Ungarn hat die rechtsextreme Partei Jobbik einen Pakt mit einer Polizeigewerkschaft geschlossen. Darin wird ein Polizeistaat programmatisch vorbereitet.

Der liberale Politiker József Gulyás sah sich kürzlich zu einer beunruhigenden Feststellung veranlasst: »Personen, die mit extremistischen, radikalen Organisationen auf Tuchfühlung sind, haben nicht nur die Geheimdienste, sondern auch die Polizei infiltriert.« Gulyás zufolge gibt es nirgendwo auf der Welt einen Rechtsstaat, der zulässt, dass innerhalb des polizeilichen Apparats das Ansehen der Polizeiführung untergraben wird und die verfassungsrechtlichen Normen in Frage gestellt werden. Außer in Ungarn.

Worauf der Politiker die ungarische Öffentlichkeit eindringlich aufmerksam machen wollte, ist ein vor kurzem geschlossener Pakt zwischen der rechtsextremen Partei Jobbik und der über 5 000 Mitglieder (rund ein Zehntel des Personalstandes der ungarischen Polizei) zählenden so genannten Gewerkschaft der Tatkräftigen Ungarischen Polizei (TMRSZ). Inhalt des Abkommens: TMRSZ bietet Jobbik »fachliche Unterstützung«, um ein Programm zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung auszuarbeiten – mit anderen Worten, um die programmatische Basis für einen Polizeistaat zu legen. Im Gegenzug setzte Jobbik die Generalsekretärin von TMRSZ, Judit Szima, prompt auf Platz vier ihrer Kandidatenliste für die Wahlen zum Europa-Parlament.

Szima ist in Ungarn nicht unbekannt. Angesichts ihrer harschen Kritik an der Polizeiführung des Landes leitete die Militärstaatsanwaltschaft in der Vergangenheit wegen »Hetze« ein Verfahren gegen sie ein. Das Verfahren musste allerdings wegen des Europa-Wahlkampfs ausgesetzt werden, weil Szima als Kandidatin Immunität genießt. Szima und ihrer Gewerkschaft wird aber nicht bloß eine extrem rechte, sondern auch eine antisemitische Gesinnung nachgesagt. Wirft man einen Blick in die Postille der von Szima geführten Gewerkschaft wird rasch klar, warum. So heißt es dort unverhohlen, dass der Antisemitismus in Ungarn nicht eine Möglichkeit, sondern Pflicht sei. Vom Chefredakteur selbst stammt folgender Satz: »Es herrscht dieser Tage ein Bürgerkrieg zwischen Ungarn und Roma, der von den Juden angezettelt worden ist.«

Die Liaison zwischen Jobbik und TMRSZ ist daher kein Zufall. Jobbik ging im Herbst 2003 aus einer rechten Studentenbewegung (»Rechte Jugendgemeinschaft«) hervor. Über Jahre hinweg war die Partei von anderen am rechten Rand des politischen Spektrums jedoch kaum zu unterscheiden. Ihre Politik erschöpfte sich darin, sattsam bekannte rechtsextreme Phrasen zu dreschen. Damit vermochte sie die ähnlich gesinnten Wähler aber kaum zu beeindrucken. Nachdem ihr Wahlbündnis mit der offen antisemitischen Partei für Gerechtigkeit und Leben (MIÉP) bei den Parlamentswahlen nur knapp über zwei Prozent der Wählerstimmen erreicht hatte, entschloss sich Jobbik zu einer Neuausrichtung ihrer Politik.

Die Geschicke der Partei übernahm damals der Geschichtslehrer Gábor Vona, der mit sicherem Gespür auf die »Zigeunerfrage«, oder besser: auf die Hetze gegen die Roma setzte. Jobbik bescherte die neue Linie prompt die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit. Dies hat seinen guten Grund: Nach einer Erhebung des Budapester Progressiven Instituts hegen nicht weniger als 80 Prozent der Ungarn Ressentiments gegenüber den mehr als 600 000 Roma im Land. Sätze, wie der folgende des stellvertretenden Vorsitzenden von Jobbik, Csanád Szegedi, kommen nicht von ungefähr: »Die ungarischen Menschen haben genug davon, dass mit ihren Steuergeldern eine staatlich gelenkte und koordinierte Zigeunerzucht finanziert wird.« Wer glaubt, dass diese Äußerung einen Aufschrei der Empörung nach sich gezogen hätte, liegt falsch. Ein Großteil der ungarischen Gesellschaft denkt nämlich tatsächlich so. In ihren Augen sind die Roma Sozialschmarotzer, die zu Hause herumlungern und Monat für Monat ungeniert Sozialhilfe – sprich: die Steuergelder der wackeren und aufrechten Ungarn – einstreichen.

Jobbik betrachtet die Roma indes nicht nur als Sozialschmarotzer, sondern auch gleich als kriminelles Pack. Im Europa-Wahlkampf erregte sich der Parteivorsitzende Vona wiederholt darüber, dass die »Zigeunerkriminalität« überhand nehme. Entsprechend dramatisch pflegt er die aktuelle Situation darzustellen: Alten Menschen sitze die Angst in den Gliedern, ob sie den morgigen Tag erleben werden, sie könnten doch von Roma umgebracht werden. Eltern sei ständig Angst und bange, ob ihre Kinder nach Hause kommen, sie könnten doch von Roma ermordet werden. Vona hat freilich eine Lösung parat: die Schaffung einer Gendarmerie, die als militärische Organisation für Ordnung sorgt, denn auf die ungarische Polizei sei »kein Verlass« mehr. Jobbik befürwortet zudem die Wiedereinführung der Todesstrafe in Ungarn.

Nicht zuletzt um der »Zigeunerkriminalität« Einhalt zu gebieten, hat Jobbik die Ungarische Garde (Magyar Gárda) gegründet, die sozusagen den uniformierten Arm der Partei abgibt. Die in schwarzen Uniformen und Springer-

stiefeln auftretende Vereinigung hat es sich seit ihrer Gründung im Jahr 2007 zur Gewohnheit gemacht, in Ortschaften mit einem hohen Anteil an Roma, also insbesondere im Osten, Nord- und Südosten des Landes, aufzumarschieren. Offenbar verfolgt sie damit das Ziel, die Roma einzuschüchtern.

Im Europa-Wahlkampf buhlt Jobbik außerdem vor allem mit drei Schlagworten um Wähler: Wirtschaftsnationalismus, öffentliche Ordnung und Nationalbewusstsein. Was die Partei unter Nationalbewusstsein versteht, erklärte Vona folgendermaßen: Die Ungarn seien »genetisch und biologisch« eine starke Nation, ja sie seien genetisch sogar robuster als manche westeuropäische Völker.

Der neue Pakt zwischen TMRSZ und Jobbik wurde, abgesehen vom linksliberalen Lager, auch von der rechtskonservativen Oppositionspartei Fidesz heftig verurteilt. Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für den Schutz der öffentlichen Ordnung, das Fidez-Mitglied János Lázár, schrieb in einer Presseerklärung, dass die ungarische Polizei nicht den geringsten Verdacht aufkommen lassen dürfe, dass sie mit politischen Kräften enge Bande knüpft. Klare Worte wie diese waren aus den Reihen des Fidesz nicht immer zu hören. Die Partei grenzt sich erst seit einigen Monaten in aller Deutlichkeit von Jobbik ab. Auf der Ebene der Kommunen hat der Fidesz, der mit großer Wahrscheinlichkeit die ungarischen Parlamentswahlen im Frühjahr 2010 gewinnen wird, bereits mehrfach mit der rechtsextremen Partei kooperiert.

Was die Polizeigewerkschaft TMRSZ angeht, hat ihr Abkommen mit Jobbik bereits Konsequenzen gezeitigt. So wurde die Gewerkschaft aus dem Landesverband der Arbeiterräte ausgeschlossen. Dessen Vorsitzender, Imre Palkovics, begründete diesen Schritt unter anderem damit, dass auf der Homepage von TMRSZ Äußerungen zu lesen seien, die keineswegs den gesellschaftlichen Normen entsprächen. Palkovics bezog sich damit nicht zuletzt auf den Aufruf, dass der Antisemitismus in Ungarn Pflicht sei.

aus: Jungle World 23/2009

Rechtsextremes Gedankengut ist salonfähig, die »Ungarische Garde« marschiert trotz Verbotes

Rechtsruck in Ungarn

»Ich heiße István Demeter und ich bin der Kapitän«, sagt der schnauzbärtige Mann mit Kapitänsmütze. Und die Fahrt mit der »Katalin II.« über einen Seitenarm der Körös kann losgehen. Es ist heiß, fast 40 Grad. Das Ausflugsschiff ist voll: ungarische Familien, die den Ausflug in das Arboretum des südostungarischen Szarvas mit einer kleinen Schiffsfahrt verbinden. Bootsstege, Schwimmer, ja sogar ein paar Schildkröten auf einem Baumstamm ziehen vorbei. »Jetzt bitte die Kinder nach vorn«, ruft der Kapitän, setzt einem Kind nach dem anderen die Kapitänsmütze auf. Eins nach dem anderen steuert das Schiff. Das gibt István Demeter Zeit für seine ganz persönliche Show. »Hier ist die Mitte Ungarns«, verkündet der Mann über Mikrophon, obwohl das 16.000-Einwohner-Städtchen Szarvas nur 70 Kilometer von der rumänischen Grenze entfernt liegt. István Demeter bezieht sich auf eine andere Zeit: die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als Siebenbürgen, die Vojvodina, Teile der Slowakei und der Ukraine noch zu Ungarn gehörten. »Wenn der liebe Gott will«, predigt Demeter, »werden wir Ungarn einst wieder vereint sein.« Schnell wird klar: Die Schiffstour wird zur Propaganda-Veranstaltung eines Rechtsextremen. Demeter bezieht die Passagiere in ein krudes Ratespiel ein. »Ich bin Kapitän«, sagt er, »aber nennen Sie mir einen noch berühmteren! Brav kommen die Antworten. »Admiral Horthy!« gibt er schließlich die richtige Antwort. »Er hat den Briten in der Seeschlacht von Otranto gezeigt, was ungarische Kriegskunst ist«. Nebenbei hat der Reichsverweser Horthy noch Judengesetze erlassen, Pogrome gegen Slowaken befehligt und Ungarn zur Waffenbrüderschaft mit Hitler geführt – um die verlorenen ungarischen Gebiete in den Anrainerstaaten zurück zu gewinnen. 50 Kilometer entfernt, in Kenderes, hat der Admiral in der Familiengruft seine letzte Ruhe gefunden. Die Atmosphäre an Bord wird immer munterer. Nur wenige murren. Alle schwitzen. Dann holt Demeter die Schlüsselanhänger hervor. Sie zeigen Groß-Ungarn in den Grenzen vor 1920. »Nur 450 Forint, in Budapest bezahlen Sie deutlich mehr«, preist Demeter seine Ware an. Er muss nicht lange werben. Die patriotischen Anhänger finden reißenden Absatz. Kein Wunder: Die ungarische Gesellschaft ist auf Kurs strammrechts. Die Budapester Innenstadt fällt in die Hände jüdischer Immobilienhaie, glaubt manch einer, der das auch offen sagt. Nach einer Umfrage der »International School Psychology Association« würde sich jeder zweite ungarische Pennäler nicht neben einen Roma-Mitschüler setzen. Klischees wie »Roma sind faul und wollen nicht arbeiten« werden nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. »Ich verdiene die Stütze, von der ihr lebt«, heißt es in einem Nazi-Rock-Song, veröffentlicht im Online-Portal »You Tube«. Die bekannteste ungarische Rechtsrock-Band »Kárpátia« füllt Stadien. Überall im Land

hängen Tournee-Plakate: die Trikolore, darauf der Name der Band. »Ungar erwache« heißt ein Song, als MP3-File von der Internet-Seite bequem herunterzuladen. Das Intro wird von Kindern gesprochen: »Ich glaube an einen Gott, an ein Vaterland und an Ungarns Auferstehung«. Es ist ein patriotisches Gebet, das in der Zwischenkriegszeit an allen ungarischen Schulen Pflicht war – ein religiös überhöhter Traum von Großungarn.

TRAUMA TRIANON

»Weg mit Trianon – unsere Fahne wird siegen«, singt auch die Band »Romantikus Erőszak« (Romantische Gewalt). Der Friedensvertrag von Trianon ist im ungarischen Geschichtsverständnis die große Wunde. Nach dem ersten Weltkrieg verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums – und fast 3 Millionen Ungarn bekamen einen neuen Pass. Die ungarische Rechtsextreme will die Gebiete zurück. »Trianon ist eine Art emotionaler Zement, der diese Leute zusammenhält«, sagt Endre Bojtár, Chefredakteur der linksliberalen Wochenzeitung »Magyar Narancs«. Ansonsten hat er das übliche gedankliche Repertoire Rechtsextremer auch in Ungarn ausgemacht: »Sie sind gegen den Westen, gegen Europa, gegen Liberale, gegen Juden, gegen Rumänen, gegen Russen, gegen Zigeuner«.

Prominente Figur der Rechtsextremen ist die Juristin und Dozentin an der Budapester Eötvös-Loránt-Universität, Krisztina Morvai. Sie war früher Mitglied des UN-Komitees für Frauen und Menschenrechte. Sie will im Juni bei den Europawahlen für die rechtsextreme Partei »Jobbik« ins Europaparlament. Und sie kündigte bereits im September 2008 an, sie wolle dort »kein Diener der EU« sein, sondern in erster Linie die nationalen Interessen Ungarns vertreten. Beobachter in Ungarn halten es für möglich, dass »Jobbik« (Die Besseren/die Rechteren) als »lachende Dritte« neben den Sozialisten und Rechtskonservativen ins Straßburger Parlament kommen könnten.

RECHTSEXTREME IM PARLAMENT BISLANG OHNE GROSSEN EINFLUSS

Auf 12 Prozent beziffert der Budapester Soziologe Pál Tamás das rechtsextreme Wählerpotential in Ungarn. »Das sind Männer um die 30, die vor der Wende große Träume hatten, die sich nicht erfüllt haben«, sagt er. Ein Potential, auf das etwa der rechtskonservative Bürgerbund FIDESZ unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Orbán setzt. Immer wieder gibt es rechtsextreme Ausfälle seiner Parteimitglieder. Ihm selbst wirft die sozialistische Minderheits-Regierung von Ministerpräsident Gyurcsány – zu Recht – vor, sich nicht genügend von den Umtrieben der »Garde« und »Jobbik« zu distanzieren. Im Budapester Parlament hatten rechtsextreme Parteien nach der Wende bisher keinen großen Einfluss. Die »Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei« (MIÈP) unter Führung des Antisemiten István Csurka konnte sich nur einmal dort breit machen. Auch die 2-Prozent-Partei »Jobbik« schaffte es nicht bis in das markante Gebäude am Donau-Ufer – auch nicht in einem Bündnis mit MIÈP. Aber in regionale und kommunale Gremien. In der zweitgrößten Stadt Debrecen sitzen sie mit in der Stadtregierung. Im 9. Budapester Bezirk brachte es »Jobbik« unlängst auf 8,5 Prozent der Wählerstimmen. Dort schafften es Rechtsextreme mit Drohungen auch, dass die liberale Abgeordnete Emese John ihren Posten als Verordnete gar nicht erst antrat. Die hochschwangere Politikerin des SZDSZ hatte Morddrohungen der sogenannten »Pfeile Ungarns« erhalten. Emese John steht schon lange auf einer Schwarzen Liste der Rechtsextremen, weil sie sich für ein gemeinsames ungarisch-slowakisches Geschichtsbuch einsetzt. Sie begründet ihr Engagement damit, dass die Erinnerungskultur ausschließlich auf nationalen Geschichtsbüchern basiere, doch sei die Geschichte Ungarns und der Anrainer-Staaten eine gemeinsame. Ihr Fazit: »Es ist sehr wichtig, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, aber dazu sollen wir uns unbedingt die Brille der Nachbarn ausleihen, um uns selbst besser sehen zu können.« In den Augen der ungarischen Rechtsextremen ist das Vaterlandsverrat.

DIE PARTEIARMEE »UNGARISCHE GARDE«

Ende August 2007 gründete die junge Partei »Jobbik« einen paramilitärischen Ableger: die »Ungarische Garde«. Die ersten 56 Mitglieder legten direkt vor dem Präsidentenpalast auf dem Burgberg von Budapest ihren Fahneneid ab. Sie erhielten ihre Mitgliedsausweise von Lajos Für, dem Verteidigungsminister der ersten Nachwende-Regierung. Ein bekannter Schauspieler sprach den Fahneneid vor. Geistliche der Konfessionen segneten die Fahne mit dem Löwen, und Maria Wittner, Parlamentsabgeordnete des rechtskonservativen Bürgerbundes Fidesz, sprach von »Heimatliebe« und »wahrem Ungartum«. Wittner ist eine Ikone des 1956er-Aufstandes. Die Näherin war als aktiv Beteiligte zum Tode verurteilt und später begnadigt worden. Sie lässt keine Veranstaltung von »Jobbik« aus. Staatspräsident László Sólyom sagte in einem Interview mit der FAZ auf die Frage nach einer Bannmeile: »Der Präsident hat keine Angst vor den Bürgern. Daher finden sogar Veranstaltungen statt, die ich schwer missbillige oder verurteile, die jedoch von Rechts wegen nicht

aus: ZAG Nr. 54, Frühjahr 2009

Bildungsproteste 2009 in Oldenburg und anderswo

ein paar Fakten & subjektive Schlaglichter

Im Rahmen des bundesweites Bildungsstreik 2009 vom 15.-19. Juni fanden auch in Oldenburg einige Aktionen statt, die ihren Höhepunkt in einer Demonstration am 17.Juni fanden: Über 4000 Demonstrant_innen, größtenteils waren mit Abstand Schüler_innen vertreten, zogen vom Bahnhof aus über den Julius-Mosen-Platz zum Pferdemarkt. Ihre Forderungen zielten zwar insgesamt auf eine kostenlose, frei zugängliche Bildung für alle ab, gerieten durch den herausstechenden Protest gegen das Turbo-Abi allerdings eher in den Hintergrund. Die hohe Beteiligung von Schüler_innen der Oldenburger Integrierten Gesamtschulen erklärt diesen Protestschwerpunkt allerdings, da tags vor der Demo von der niedersächsischen Landesregierung beschlossen wurde, das Abitur nach 8 Jahren nun auch an Gesamtschulen einzuführen. Zwar hatte es im Vorfeld einen Aufruf zu einem Libertären Block auf der Demo gegeben, um »Druck von Unten für (…) konkreten Verbesserung zu machen und um (…) grundsätzliche Kritik am kapitalistischen Bildungswesen zu artikulieren«, jedoch gelang es dem (kleinen) Block nicht, diese Kritik zu vermitteln. Was nicht heißen soll, dass solche Forderungen nicht notwendig sind, sondern vielmehr, dass es erfreulich ist, dass das Bildungssystem und seine „Fehler" im Zusammenhang mit dem Rest der Gesellschaft und ihrer Organisationsform kritisiert werden.

Auch wenn in Oldenburg die Beteiligung von Studierenden im Verhältnis sehr gering ausfiel, und es sicher noch breiterer Bündnisse zwischen Schüler_innen, Studierenden, Arbeitnehmer_innen und anderen Betroffenen bedarf, um bildungspolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist der Wandel vom „Schul"- zum „Bildungs"-Streik sicher ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

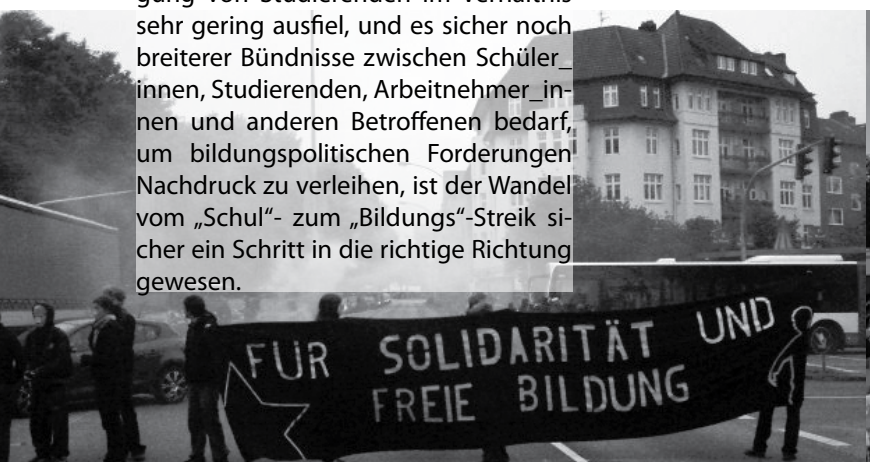
„An mehreren Schulen in Hannover wurden Schüler_innen eingeschlossen. Polizei behindert Aktion, umstellt eine Schule. Besetzung des 1. und 4.Stockwerks des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Uni Hannover."

„Mit der Forderung „Mehr Geld für Bildung statt für Banken" wurden am 18.6. bundesweit Banken blockiert. Diese symbolischen Banküberfälle fanden u.a. in Berlin, Erfurt und Leipzig statt."

„Nach der Vollversammlung am Montag haben Studierende der Uni Kassel auf einer 30minütigen Spontandemonstration zwei Kreuzungen in Uninähe blockiert und anschließend das Präsidium erstürmt."

„Auch in Stuttgart gab es am 17. Juni eine Großdemo im Rahmen des Bildungsstreiks. Es haben sich nicht nur viele Schüler_innen und Studierende, sondern auch Leute aus den Gewerkschaften und weitere Unterstützer_nnen beteiligt. Als kleine Nebenaspekte wurden Parolen gesprüht, Farbbeutel geworfen, ein Polizeiauto attackiert und Luftballons steigen gelassen. Die Proteste gingen und gehen natürlich auch nach der Demo weiter..."

„Im Rahmen des Bildungsstreiks gab es am Dienstag, den 16.6. zeitgleich an den Mensen der Berliner TU und der Alice-Salomon-Hochschule Aktionen gegen Niedriglöhne, Leiharbeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beim Studentenwerk."



Der 1.Mai in Istanbul, Bremen und Oldenburg

Zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren konnten sich am diesjährigen 1.Mai wieder mehrere tausend Demonstrant_innen am zentralen Taksim-Platz in Istanbul versammeln. Nach der Erschießung von 36 Demonstrant_innen am 1. Mai 1977 war der Taksim-Platz für Gewerkschafts-Demonstrationen gesperrt worden. In diesem Jahr blieben die Demonstrationsteilnehmer_innen jedoch nicht von staatlicher Repression verschont. Während die Behörden nur 5000 Gewerkschafter_innen Zutritt zum Taksim-Platz gewährten, kam es in der Nähe des Taksim-Platzes zu Übergriffen auf Demonstrant_innen von den Bullen, in Zuge dessen 15 Demonstrant_innen festgenmmen wurden.

Nachdem lange Jahre keine linksradikale 1.Mai-Demonstration in Bremen zu Stande kam, zog dieses Jahr die erste Euromayday-Parade durch die Stadt. Letztlich waren es um die 800 Teilnehmer_innen, die den Euromayday-Aufrufen folgten, deutlich mehr als die erwarteten 250. Thematische Schwerpunkte waren Flucht und Migration, prekäre Arbeit, Gentrifizierung und die aktuelle Krise des Kapitalismus. Allem in allem ein erfolgreicher Auftakt des Bremer Euromayday.

Der 1. Mai in Oldenburg startete mal wieder bereits am 30. April auf dem Rathausmarkt mit dem »Rock gegen rechts« der DGB-Jugend mit mehreren tausend Leute. Am Freitag gab es dann um 10 Uhr die DGB-Demo mit etwa 200 Leuten unter dem bescheidenem Motto »Arbeit für alle bei fairem Lohn!«. Gegen 12 Uhr gings dann endlich mit dem schon traditionellen, unangemeldeten autonomen 1.Mai los. Bei blendendem Wetter und unter dem Motto »Widerstand heißt leben! Kapitalismus abwracken!« versammelten sich zwar weniger als in letzten Jahren, aber wohl immer noch an die 500 Leute in der Kaiserstraße im Bahnhofsviertel.

Gut gelaunt startete die Demo nach einer netten Auftaktrede, um nach nur 100 Metern mit den ersten Nervereien durch die Bullen konfrontiert zu werden. Mit quergestellten Einsatzwägen und einer kleinen Bullenkette blockierten sie den Zugang zur Moslestraße. Es kam zu kleineren Rangeleien und die Autos wurden etwas geschaukelt. Sichtlich überrascht zeigten sich die Cops angesichts der ersten Reihen, die diesmal von Autonomen des deutlich älteren Semesters (Ü50 oder nahe dran) gestellt wurden. Schließlich machten die Bullen den Weg frei und es ging weiter.

Nur wenige Minuten später gab es dann ein paar Aktivist_innen zu bestaunen, welche vom Dach des Post-Gebäudes ein großes Transparent gegen die Kriegsgeschäfte der Post-Tochterfirma »DHL« herabließen.

Keine Minute später gab`s dann etwas mehr Stress. Die Demo hatte sich kurzfristig entschieden, von der von den Bullen erwarteten Route abzuweichen und bog in die Osterstraße ein – sehr zum Unmut der zum »Schutz der Straße« eingesetzten Prügelbullen. Es kam zu kleineren Kloppereien – die Bullen setzten Knüppel und sogar Pfefferspray ein, um der Demo den Weg zu versperren. Nützte aber alles nichts, denn zum Einen ließ sich die Demo nicht zurückdrängen und zum Anderen waren schon diverse Leute an der Absperrung vorbeigehuscht und nervten die Bullen von hinten. Somit gab Team Green dann mal wieder ihre Sperre auf und die Demo zog ihrer Wege.

Auf Zwischenkundgebungen konnte man mehreren sehr guten Redebeträgen lauschen. So hielt die »Oldenburger Rechtshilfe« eine Rede gegen Kameraüberwachung und Sicherheitswahn, »solid«/»SDS« zu den Irrungen und Wirrungen des Daseins im Kapitalismus, die ALSO zu Konsequenzen aus der »Krise« und zu Chancen für emanzipative Bewegungen, aber eben auch den Gefahren einer Zunahme reaktionärer Tendenzen durch die soziale Not in Deutschland (Seite 22). Das »Freie Bildungsforum Oldenburg« sprach zum aktuellen Bildungsabbau und vorallem zu dem bundesweiten Schulstreik, der am 17. Juni stattfinden sollte.

Auf dem Weg zum Rathausmarkt, dem alljährlichen Ort der Abschlusskundgebung stoppten die Bullen jedoch die Demo, aber nicht ohne ständig zu versichern, dass sie ja nichts böses wollen und nur noch den Schutz der sich momentan in Wohncontainern auf dem Schloßplatz befindlichen Landessparkasse organisieren müssten. Es dauerte jedoch nicht lang bis es weiterging und das Wetter und die Stimmung waren nach wie vor blendend.

Auf dem Rathausmarkt angekommen gab es eine knackige Rede der 1. Mai-Orga-Gruppe. Eingekesselt von Juppie-Eiscafes auf der einen und den Bier-und Wurstbuden der vorherigen DGB-Kundgebung auf der anderen Seite war dieser Ort dieses Jahr nicht sehr gemütlich und so ging es recht zügig weiter Richtung »Alhambra«.

Vom Dach des »Alhambra« wurde die Demo mit einem kleinen Feuerwerk und einem Soli-Transparent für die Gefangenen der Proteste gegen den NATO-Gipfel begrüßt, bevor sich die »revolutionären Massen« bei lecker Büffet, solidarischer Sonne und Hüpfburg dem Müßiggang hingaben.

Der Bericht wurde teilweise von regentied.blogsport.de übernommen.

Worauf warten wir noch?

Es sind nicht zwei, sondern mehr als vier Billionen Dollar, die weltweit abgeschrieben werden müssen. Es sind nicht zwei oder drei, sondern sechs Prozent weniger Waren und Dienstleistungen, die in Deutschland in diesem Jahr produziert werden. Es sind nicht ein paar Hunderttausend, sondern mehr als fünf Millionen Menschen, die in den nächsten Jahren allein in Deutschland erwerbslos sein werden. Es sind nicht ein paar Banken und Konzerne, die schließen, sondern ganze Staaten, die zusammenzubrechen. Noch mehr Menschen auf der Welt werden hungern, obdachlos, erfrieren oder flüchten müssen.

Auf der einen Seite sind wir froh, dass der unsägliche Kapitalismus endlich in eine existenzielle Krise gerät. Es gibt eine Hoffnung, das Zusammenleben der Menschen auf der Erde gerechter und solidarischer zu gestalten. Aber auf der anderen Seite ist von den Auswirkungen der Krise bei uns bisher wenig zu spüren. Wir warten – mit gemischten Gefühlen.

Wir warten – aber sind wir auch gut vorbereitet?

Dass das kapitalistische System selbst die Ursache für die Krise ist, das ist schnell gesagt. Dass Finanzspritzen und Konjunkturprogramme nur dazu dienen, dasselbe System zu stabilisieren, das zur Krise geführt hat, auch das ist schnell vorgetragen. Dass der Kapitalismus beseitigt gehört, dass die Produktionsmittel vergesellschaftet werden müssen, dass die Menschen demokratisch und selbstbestimmt darüber entscheiden sollten, was und wieviel für wen produziert wird, das ist alles schnell gesagt.

Aber reicht das aus in der nächsten Zeit?

Was wird passieren, wenn Peguform und ACC schließen, wenn Galeria Kaufhof dicht macht, wenn Mercedes Rosier den Betrieb einstellt, wenn Banken und Versicherungen ihre Mitarbeiter_innen entlassen? Wie werden die Beschäftigten reagieren, wenn sie auf Löhne und Gehälter verzichten sollen, wenn sie in Transfergesellschaften gesteckt werden, wenn sie mit 50 Jahren zum Bewerbungstraining gezwungen werden? Werden sie ihre Betriebe, Kaufhäuser und Büros besetzen? Oder werden sie Arbeitsplätze für Deutsche fordern und die Alten, Frauen und Ausländer_innen aus den Betrieben jagen, um ihren Arbeitsplatz zu retten?

Müssten wir nicht auf den Betriebsversammlungen, in den Kantinen und vor den Werkstoren stehen und die Übernahme der Betriebe fordern? Wer macht Vorschläge für eine alternative Produktion? Wer organisiert mit den Angestellten und Arbeiterinnen demokratische Betriebsstrukturen?

Was wird passieren, wenn in Oldenburg nicht mehr nur 10.000 Bedarfsgemeinschaften zur ARGE müssen, sondern 15.000 oder 20.000? Es werden viele Menschen darunter sein, die noch bis vor kurzem gar nicht in Erwägung gezogen haben, dass sie einmal erwerbslos werden könnten – sogenannte normale Bürger_innen, die immer gedacht haben, wer arbeitslos wird, ist selber schuld.
Werden sie von selbst gegen HartzIV kämpfen? Gegen zu wenig Geld, gegen menschenunwürdige Behandlung und Schikanen? Werden sie rufen „Wir zahlen nicht für eure Krise!"? Oder werden sie klein und geduckt kurz vor acht auf das Öffnen der Tore warten, ohne ein Wort miteinander zu wechseln? Werden sie vielleicht drängeln, die Alten und Schwachen und die mit den Kindern beiseite schubsen, um als erste eine Nummer zu ziehen?

Müssten wir nicht vor der ARGE stehen und ein menschenwürdiges Einkommen fordern? Wer bietet Beratung und Begleitung an, wer macht Mut und lenkt die Wut in die richtigen Bahnen? Wer kann weitergehende Perspektiven aufzeigen?

Was wird passieren, wenn wachsende Flüchtlingsströme aus allen Teilen der Welt nicht mehr mit Gewalt an den Grenzen Europas abgewiesen werden können? Werden dann Menschen kommen mit Wut und Ansprüchen, die nicht einsehen, warum sie nicht gleichermaßen an unserem Reichtum partizipieren sollen, der doch nur auf ihre Kosten entstehen konnte?
Wie werden die Oldenburger Bürger_innen reagieren, wenn das Lager in Blankenburg überfüllt ist und Asylsuchende in der Stadt untergebracht werden müssen? Werden sie sich hilfsbereit zeigen, oder werden sie die Asylsuchenden ausgrenzen? Werden die Asylsuchenden bescheiden um Hilfe bitten? Oder werden sie sich mit Gewalt nehmen, was sie brauchen?

Müssten wir nicht in den Lagern, in den Häusern und auf den Märkten mit den Asylsuchenden reden? Wer sorgt für Übersetzung, gibt Hilfestellung, vermittelt und zeigt gemeinsame Perspektiven auf?

Was wird passieren, wenn öffentliche Schulen und Universitäten langsam verrotten, aber Privatschulen und Privatunis aus dem Boden schießen, die exzellent ausgestattet sind mit dem Geld von Konzernen, Banken und Versicherungen? Wie werden die Lehrer_innen und Professor_innen reagieren, wenn zu ihnen nur noch die Kinder der Armen kommen? Wie werden die Schüler_innen und Student_innen reagieren, wenn sie nur noch gegen Schulgeld und Gebühren gute Bildung erhalten? Werden sie geschlossen für freie Bildung für alle demonstrieren? Oder werden sie um die wenigen guten Plätze und Privilegien wetteifern und sich gegenseitig ausstechen?

Müssten wir nicht vor den Schulen und Universitäten stehen und das Recht auf freie Bildung für alle fordern? Wer organisiert alternativen Unterricht und bessere Vorlesungen? Wer vermittelt uns das Wissen und die Bildung, die notwendig sind, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen?

Was wird passieren, wenn nach und nach die Lebensmittelpreise steigen, wenn selbst bei Aldi und Lidl das Brot und die Milch unbezahlbar werden, wenn das Geld nicht mehr reicht, um genug zu essen für die Familie einzukaufen? Wie werden die Menschen reagieren, wenn die Regale noch gut gefüllt sind, sie aber nicht mehr bezahlen können? Werden sie die Märkte und die Häuser der Wohlhabenden plündern? Werden sie die Lebensmittel dann gerecht untereinander verteilen, oder werden die Stärksten am meisten für sich nach Hause bringen?

Müssten wir nicht vor den Discountern und auf den Märkten stehen und die „Aneignung" gerecht organisieren? Wer erklärt, woher die Lebensmittel kommen und warum wir andere brauchen? Wer geht zu den Bauern, in die Schlachthöfe und Molkereien, um eine ökologische und regionale Versorgung mit Lebensmitteln zu organisieren?

Wir warten auf die Krise – aber sind wir auch gut vorbereitet?

Jeden Dienstag und an jedem ersten Werktag im Monat ist Zahltag in der ARGE! Ab 8 Uhr stehen wir dort und fordern ein menschenwürdiges Einkommen für alle. Wir beraten, begleiten, lenken Wut in richtige Bahnen und zeigen weitergehende Perspektiven auf. Daran kann man sich beteiligen.

Worauf warten wir noch?

ALSO – Arbeitslosenselbsthilfe
Oldenburg, 1. Mai 2009

„Meine Spezies ist staatenlos“

Selbst Kai Diekmann, der Chefredakteur der Bild-Zeitung, musste als Laudator in der Ausstellung »60 Jahre – 60 Werke« schon seine Bekanntschaft machen: Das Pink Rabbit taucht im Jubiläumsjahr 2009, in dem die Bundesrepublik ihr 60jähriges Bestehen begeht, mit Vorliebe ohne Einladung dort auf, wo Deutschland sich selbst feiert, und verdirbt den geladenen Gästen die Laune. Der Plüschhase ist »gegen Deutschland« und Symbolfigur einer antinationalen Kampagne, die von der »Naturfreundejugend Berlin« zu dem Zweck angestoßen wurde, an den »wilden Geschichtskonstruktionen Kritik zu üben«. Zudem nahm das Pink Rabbit an der »Gala der politischen Aktionen« teil, die von der Taz veranstaltet wurde.

Welche Staatsbürgerschaft haben Sie eigentlich?

Ich bin ein Hase, meine Spezies ist staatenlos. Manche Leute, die mich aus Kinderbüchern kennen, glauben, dass ich die Staatsbürgerschaft von »Wunderland« hätte. Aber denen sei gesagt: Das ist ein Buch, nur eine Erfindung. Wie Nationalstaaten auch. Allerdings hat diese Erfindung weitreichende Konsequenzen für die Menschen. Anders als »Alice im Wunderland«, das ja durchaus eine gewinnbringende Abendlektüre sein kann, bringt Deutschland mich eher um den Schlaf. Abgesehen davon ist es mit meiner Bürgerlichkeit auch nicht so weit her.

Weshalb bringt Sie Deutschland denn um den Schlaf?

Wenn Sie gesehen hätten, was mir in den vergangenen Wochen so unter die Augen gekommen ist, würden Sie das nicht fragen. Da wird in der Ausstellung »60 Jahre – 60 Werke« im Berliner Martin-Gropius-Bau »deutsche« Kunst präsentiert und vom Laudator, Bild-Chef Kai Diekmann, die Bundesrepublik gerühmt, weil sie VW und Daimler hervorgebracht habe. Die 20 000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die vor der Gründung der Bundesrepublik in Wolfsburg schuften mussten, werden bewusst verschwiegen.

Aber auch wenn man von den nationalsozialistischen Kontinuitäten einmal absieht, bleibt noch genug übrig, was am Konzept Nationalstaat zu kritisieren ist. Innerhalb eines Systems der Konkurrenz kapitalistischer Nationalstaaten setzen diese ökonomische und politische Interessen im internationalen Maßstab durch, sei es mit Krieg oder mit nichtmilitärischen Mitteln.

Wenn ich von Deutschland rede, dann denke ich auch an einen rassistischen Staat, in dem Privilegien klar nach Herkunft verteilt werden. Jede nationale Identität braucht ein konstitutives Außen, um ihr Selbstbild stabil zu halten. Diese »Anderen« werden diskriminiert und, wenn es geht, ökonomisch ausgebeutet.

Vom systematischen Zusammenhang von Nation und Antisemitismus sowie von Nation und Geschlecht will ich nicht anfangen, das würde hier den Rahmen sprengen. Ich habe mir jedenfalls nicht umsonst ein ganzes Jahr Zeit genommen, um überall dort aufzutauchen, wo Nation hergestellt und affirmiert wird. Eine etwas ausführlichere und am konkreten Punkt orientierte Kritik braucht häufig mehr als eine Zeile. Deswegen sind meine Interventionen, die als Videoclips auf der Seite www.pink-rabbit.org stehen, von Texten begleitet.

Zu welchen Anlässen sind Sie bisher im großen »Gedenkjahr« 2009 aufgetaucht?

Bei der Premiere von »Operation Walküre«, diesem Propagandastreifen für das angeblich »andere Deutschland«, hab ich mich als Tom Cruise verkleidet und bin direkt nach ihm über den roten Teppich gelaufen. Ich glaube, die meisten Zuschauerinnen und Zuschauer haben begriffen, dass ich genauso wenig zum Hollywoodstar tauge wie Stauffenberg zum Antifaschisten. Ansonsten hab ich Bundeswehrreservisten beim Pflegen eines Wehrmachtsfriedhofs gestört, eine Anleitung zum Umgang mit nationalen Symbolen im Internet veröffentlicht und eine Straße umbenannt.

Die erwähnte Kunstausstellung habe ich bei ihrer Eröffnung um ein Werk eines kleinen Malers und großen Diktators ergänzt: »Pinocchio« von Adolf Hitler aus dem Jahr 1940, 35 mal 20 Zentimeter, Öl auf Leinwand. Meinen Vorschlag, bei nationalen Inszenierungen keine falsche Bescheidenheit an den Tag zu legen und gleich mit »1 000 Jahre – 1 000 Werke« anzutreten, hat der Bild-Chefredakteur Diekmann prompt in seiner Eröffnungsrede aufgegriffen. Das alles ist auf meiner Webseite zu sehen.

Haben Sie denn schon Pläne für den 23. Mai, den offiziellen Festtag zum 60jährigen Jubiläum der Verabschiedung des Grundgesetzes?

Selbstverständlich! Aber Details kann ich noch nicht verraten, sonst wäre ja der Überraschungseffekt weg. Nur so viel: Meine Aktion hat den Arbeitstitel

»Ich rammel nicht für Deutschland«.

Die politische Betätigung auf »Latschdemos«, in Lesezirkeln, Zeitungen und Parteien betrachten Sie ihren Begleitern auf der von der Taz veranstalteten »Gala der politischen Aktionen« zufolge als veraltet. Was macht Ihre Auftritte zu besseren, politischen Aktionen?

Jack und Patricia, die mich dem Taz-Publikum als »radically new and cool resistance device« vorgestellt haben, haben Recht: Viele, die in Deutschland als junge Leute auf Demos waren, Zeitungen gemacht haben usw., sind heute maßgeblich daran beteiligt, Deutschland das Image einer ganz normalen Nation zu verpassen oder gar das Konzept des

Nationalstaates überhaupt der Kritik zu entziehen. Fast scheint es ein Gesetz zu geben: Wer lange genug eine Zeitung macht, befürwortet irgendwann auch einen Krieg, nicht wahr?

Nun ging es Jack und Patricia sicher nicht darum, mich in Konkurrenz zu anderen Aktionsformen zu stellen. Viele Leute haben tolle Ideen, wie das »Gedenkjahr« 2009 gestört werden kann. Ich habe jedoch keine Lust, auf den geballten Unfug, mit dem wir in diesem Jahr konfrontiert werden, immer nur mit ernsthaften Analysen zu reagieren. Vielmehr werde ich versuchen, eins draufzusetzen und das ganze nationale Pathos lächerlich zu machen. Und natürlich soll mein Erscheinen auch nerven. Radikal neu ist das eigentlich nicht, denn Parodie und Ironie sind klassische Mittel der Kritik. Ich versuche, sie dieses Jahr lediglich zu aktualisieren.

Bei der »Gala der politischen Aktionen« haben Sie den ersten Preis gewonnen, der Juror Daniel Cohn-Bendit war sehr von Ihnen angetan. Wie gefällt Ihnen das Wohlwollen, das Ihnen aus dem grünen Milieu entgegenkommt?

Das hängt davon ab, worauf sich das Wohlwollen bezieht. Cohn-Bendit hat ja ausdrücklich gesagt, dass er die Form gut findet, inhaltlich aber vollkommen anderer Meinung ist. Das verwundert mich nicht, habe ich doch am Schluss des Auftritts der Taz das »große Ehrenkreuz in Plüsch für besondere Verdienste um die Nation« verliehen. In meiner Begründung schrieb ich: »Du bekommst es für das Einschwören der Deutschen auf ein Nationalgefühl moralischer Überlegenheit in so heiklen Situationen wie dem Kosovo-Krieg. Mit dir und den Grünen konnte man sich total links fühlen und trotzdem Krieg führen. Und man wusste, dass man besser war als die anderen, gerade wegen, nicht trotz Auschwitz.« Da war die Sympathie im Publikum zumindest merklich dahin.

Das mit dem ersten Preis stimmt im Übrigen nicht ganz: Das Publikum und die Mehrheit der Jurorinnen und Juroren waren nämlich plötzlich der Meinung, dass jeder – also keiner – einen Preis bekommen sollte. Doch selbst wenn ich den Preis bekommen hätte, wäre die Taz darauf sitzen geblieben. Denn dieser Wettbewerb hat genau die Konkurrenz von Aktionsformen geschaffen, die ich unsinnig finde.

Hasen gelten gemeinhin als harmlos, Sie selbst werden in den Medien als »niedlich«, »süß« oder »plüschig« beschrieben. Können Sie mit diesem Image den Nationalismus der »Deutschland-Freunde« überhaupt angreifen?

Der Überraschungseffekt kommt mir zugute. Es ist schon vorgekommen, dass Polizistinnen und Polizisten, die zur Bewachung von Veranstaltungen eingesetzt waren, sich mit mir fotografieren ließen, weil sie mich so süß fanden. Dass ich nach Polizeilogik eigentlich der Störfaktor bin, gegen den sie einschreiten sollten, haben sie erst begriffen, als es schon zu spät war. Ob ich die Deutschland-Freundinnen und -Freunde das Fürchten lehren kann, weiß ich nicht. Klar ist allerdings, dass man, wenn man plüschig und rosa ist, ziemliche Aggressionen auslösen kann. Sie hätten mal Gereon Sievernich, den Direktor des Martin-Gropius-Baus, in dem die Ausstellung »60 Jahre – 60 Werke« gezeigt wird, erleben sollen. Der fühlte sich schon durch meine bloße Anwesenheit sehr blamiert.

In der vergangenen Woche warb eine Gruppe von Männern in Berlin-Mitte für die CDU – einer von ihnen trug ein pinkfarbenes Hasenkostüm. Besteht die Gefahr, dass sich die Gegenseite Ihre Methoden aneignet?

Darauf wäre ich sehr gespannt. Für die bisherigen Kampagnen der CDU taugt der Hase allerdings nicht. Stellen Sie sich das doch mal vor: Roland Koch, wie er im Hasenkostüm Unterschriften für seine Rassistenkampagnen erbettelt. Oder rosa Hasen, die gegen die Homo-Ehe agitieren. Das funktioniert doch nicht. Wobei: Man sollte Ursula von der Leyen im Blick behalten. Zumindest bei ihrer deutschen Mutterkreuz-Leier würden Hasen ins Bild bzw. ins Klischee passen. Aber da ich von der Leyen ohnehin noch besuchen wollte, wird sie sich das zweimal überlegen.

Eine kritische Frage zum Ende: Wie Videoaufnahmen belegen, hoppeln Sie nicht, sondern Sie laufen. Sind Sie ein falscher Hase?

Diese Frage zeugt von einem sehr normierenden Körperverständnis. Aber lassen Sie mal, auch Hasenidentitäten sind immer ein Stück weit konstruiert.

aus der Jungle World 20/09

Kokettes Berlin

Eine Collage der antiziganistischen Berichterstattung des Berliner „Tagesspiegels“

Wer in den letzten Wochen die Berichterstattung der Berliner Tagespresse über eine Ereigniskette, zu deren Startpunkt die Präsenz von etwa 40 Roma in einem Kreuzberger Stadtteilpark gemacht wurde, einer kritischen Nachlese unterzieht, stößt auf die Allgegenwart und strukturelle Funktion von Antiziganismus in der Presseberichterstattung.[1] Die Ereignisse selbst sollen dabei nur am Rande eine Rolle spielen: Der Autor befand sich weder in der Gruppe der Unterstützer_innen, noch ist er selbst direkt von den Geschehnissen Betroffener und sieht sich somit auch nicht in der Position, angemessen berichten zu können.[2]

Antiziganismus ist ein Phänomen, dass sich seit über 500 Jahren vom Osmanischen Reich bis auf die Britischen Inseln in ähnlichen Grundformen manifestiert. Zentral sind dabei Vorwürfe der „Arbeitsscheu“ (aus denen „Betteln“, „Betrug“ und „Diebstahl“ folgen), des „Nomadentums“ (aus dem sich „Heimatlosigkeit“, „Campen“, „Ausweisung“ und „Spionage“ ableiten) und der „Primitivität“ (mit der „ungezügelte Sexualität“, der Fokus auf „Kinder“ und „Schmutzigkeit“ zusammenhängen). Entgegen dieser Negativbewertungen entstand mit dem Einsetzen der literarischen Romantik das Bild des „freien“, „ungebundenen“, „lebenslustigen“ „Zigeuners“, der „am Lagerfeuer“ sitzt, „Geige spielt“, „tanzt“, „aus der Hand liest“ und einfach „in den Tag hinein lebt“. Diese romantisierenden Bilder stellen allerdings nur die positiv gewendete Kehrseite des gleichen Ressentiments dar.

Alle diese zentralen Stereotype finden sich wieder in der Berichterstattung der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“.[3] An dieser Stelle soll jedoch versucht werden, nicht einfach das Auftauchen von antiziganistischen Stereotypen zu konstatieren, sondern die verschiedenen Strategien und Argumentationsweisen herauszuarbeiten.

Zu Beginn der Berichterstattung versucht der „Tagesspiegel“ noch ‚Neutralität‘ zu gewährleisten (24, 25[4]). Dabei werden sowohl die Positionen der Behörden, als auch die der betroffenen Roma und der Unterstützer_innen zitiert und kaum explizit Stellung bezogen. Aber richtig gelingen mag das nicht. Die Betroffenen werden von Anfang an hauptsächlich als Objekte und ‚Problem‘ dargestellt: *„In Kreuzberg spitzt sich ein Streit um knapp 60 aus Rumänien stammende Roma zu“*(24). Eine grüne Jugendstadträtin wird mit den Worten zitiert: *„Nach Prüfung der Lage habe man sich entschieden, die Kinder bei der Familie zu belassen“*(24). Das ist eine generöse Geste, ist es doch im allgemeinen üblich, Roma ihre Kinder wegzunehmen und ihnen gleichzeitig vorzuwerfen, ‚sie‘ würden ‚Kinder stehlen‘. Aber das Kindeswohl scheint gefährdet, da ‚sie‘ *„zwei Wochen ohne Zelte unter freiem Himmel gehaust haben sollen“*(24).

DER TAGESSPIEGEL

RERUM COGNOSCERE CAUSAS

Mit 85 Sachen im Gokart durch Berlin: Ein riskantes Spiel – Seite 7

Muss der Staat den Sport vor Doping schützen? Pro & Contra – Seite 6

Legal, illegal, nicht egal: Das Leben in einer Gesetzeslücke – Seite 3

BERLIN, DIENSTAG, 8. AUGUST 2006 / 62. JAHRGANG / NR. 19 274 WWW.TAGESSPIEGEL.DE BERLIN/BRANDENBURG 0,75 €, AUSWÄRTS 1,00 €

„Wohin mit den Roma“(25) fragt sich nun also der „Tagesspiegel“. Dass ‚sie‘ nicht in Berlin bleiben können scheint klar zu sein, denn ‚sie‘ sind ‚ganz anders‘. Vorhandenes ‚Wissen‘ dazu wird dank einer begleitenden Reportage aus *„der Gegend“*, aus der *„ein Großteil der Roma, die wochenlang in Berlin für heftigen Streit sorgten“*, *„stammt“*(14), bestätigt: ‚Die Roma‘ sind arm, aber dabei irgendwie auch recht ‚fremd‘: *„Sie ist 50 Jahre alt und Zauberin,[...] hat zehn Kinder und 30 Enkel“* wird eine Interviewpartnerin beschrieben. Und *„[s]chon für Kleinkinder würden Hochzeiten arrangiert, und mit zwölf Jahren würden die Mädchen von der Schule genommen, damit sie nicht auf dumme Gedanken kämen“*(14).

‚Roma‘ sind jedoch nicht einfach nur ‚anders‘, für den „Tagesspiegel“ sind ‚sie‘ auch ein ‚Problem‘: *„Mitunter fühlen sich Berliner aber von teils aufdringlichen Scheibenputzern genervt“*(25), eine Café-Betreiberin will *„mehrfach Roma beim Stehlen erwischt“*(27) haben, ‚sie‘ bekommen *„Drei Mahlzeiten am Tag, den Rückflug gibt es gratis“*(3) auf ‚unsere‘ Kosten. *„Ja, die Roma sind frech“*, *„etwas dreister als deutsche Sozialfälle“*(12) und zuguterletzt hat ein *„Sprecher der Roma“* den *„Pfarrer“* *„beschimpft“*(31).

Das reicht dem „Tagesspiegel“ und indem er sie zur Überschrift erhebt, schließt er sich der Forderung an: *„Körting fordert Roma zum Gehen auf“*(8). *„Land und Bezirke dürfen sich nicht länger gegeneinander ausspielen lassen. Sie müssen den vorgeblichen Roma klarmachen, wo ihre Heimat liegt“*(3). Offensichtlich vergessen *„Besetzer-Nomaden“*(30), die *„wie Nomaden der Neuzeit“* *„leben“*(6) und *„in Europa von Land zu Land“* *„wandern“*(6) manchmal, wo ihre *„Heimat liegt“*.

Aber der „Tagesspiegel“ hilft und macht ‚ihnen‘ deutlich, dass ‚sie‘ zumindest ‚hier‘ nicht bleiben können und nur Recht *„auf einen befristeten Aufenthalt [haben]. Nicht weniger, aber auch nicht mehr“*(26). Und dass ‚sie‘ sich keine Hoffnungen auf eine Übernahme von Verantwortung machen sollen: *„Es handelt sich auch nicht um die Nachfahren jener Sinti und Roma, die den Nationalsozialismus überlebt haben. Es geht hier um Menschen, die in Berlin die Sommermonate nutzen, um das schmale Einkommen der eigenen Großfamilie*

aufzubessern"(26). Mit dieser Aussage wird der eliminatorische Charakter des nationalsozialistischen Massenmords an den europäischen Roma und anderen als „Zigeuner" verfolgten Menschen geleugnet. Alle heute lebenden Roma haben die geplante Vernichtung überlebt oder sind Nachfahren

jener, die den Massenmord überlebt haben und den Zwangssterilisierungen entkommen sind [Vgl. „Der vergessene Völkermord", Hinterland, Nr. 10, S. 54 – 61]. Auch hier ist das antiziganistische Motiv offensichtlich, das das ‚Vortäuschen falscher Tatsachen' kombiniert mit dem immerwährenden Versuch, sich ‚Leistungen zu erschleichen'. Auch in einem späteren Kommentar wird genau diese Verbindung aufgegriffen: *„Bald wird sich wieder einmal europaweit herumsprechen, dass in Berlin jeder auf Kosten der Allgemeinheit angenehm und in Frieden leben kann, sofern er nur in der Lage ist, ein paar passende Knöpfe zu drücken und sich als verfolgt darzustellen in der Hoffnung, dass niemand das Gegenteil beweisen kann*"(3). Im folgenden setzt sich diese Auffassung, ‚die Roma' hätten geschickt die Berliner Behörden mit ihrem ‚Schuldkomplex' manipuliert, weiter durch: *„Sonnenklar ist auch, dass sich nun die ‚Leichtigkeit des Seins' in Berlin herumgesprochen hat. Auch wer keine Ansprüche auf staatliche Hilfen hat, erreicht sein Ziel durch moralischen Druck*"(14). Am Ende ist im „Tagesspiegel" so selbstverständlich, dass *„eine Gruppe Roma*" gezeigt hat, *„wie man die Verwaltung der Hauptstadt an den Rand der Lächerlichkeit bringt*"(19), dass es in einem Artikel über den Anstieg des ‚Linksradikalismus' nebenbei fallen gelassen werden kann. Berlin sei *„eine Irrenanstalt"*, *„die Krone setzt dem jecken Treiben wohl die Gruppe von 100 Roma auf, die aus dem EU-Land Rumänien als Touristen einreisten und die Hand aufhielten. Damit sie gefälligtst [sic] wieder verschwinden, zahlte ihnen der Senat 250 Euro - mehr als das damalige Begrüßungsgeld für Ossis*"(12), klagt ein Redakteur.

Aufs Neue droht – wie Anfang der 1990er – die ‚Überfremdung': *„Die Zahl der Roma im Spandauer Asylbewerberheim hat sich verdreifacht*"(3) und *„verglichen mit dem, was die Stadt dann [mit dem Ende der Einschränkungen der Freizügigkeit in der EU, M.E.] erwartet, ist die nun stadtbekannte Roma-Truppe nur eine winzige Vorhut*"(14).

Aber wie könnte das Problem gelöst werden? Immerhin muss auch der „Tagesspiegel" erkennen, dass Roma *„immer verschleppt, versklavt und verfolgt*"(3) wurden, dass eine *„systematische Ermordung von einer halben Million Sinti und Roma in Konzentrationslagern der Nazis während des Zweiten Weltkriegs*"(3) stattfand und deren *„Planer [...] ihre Schreibtische in dieser Stadt*"(4) hatten. Auch auf die jüngere Vergangenheit wird hingewiesen: *„Während des Kosovokrieges wurden auch sie Ziel ‚ethnischer Säuberungen'"*(4) und auch heute werden *„Roma von Rassisten gejagt*" (12). Aber *„müssen wir in Berlin uns für all das interessieren?*"(4) fragt sich eine Journalistin und antwortet sich gleich selbst: *„Nein, müssen wir nicht*"(4). Der Schluss, einen Aufenthalt zu ermöglichen, beispielsweise durch Gewerbescheine, erscheint den Redakteur_innen des „Tagesspiegels" *„nicht sehr realistisch"* und geradezu *„skurril"*(5); manche, wie den CDU-Innenexperten Kurt Wansner ergreift blanke Panik: *„Die Gewerbeschein-Idee ist völlig durchgeknallt. Wenn der Senat das durchzieht, haben wir in aller Kürze sämtliche Sinti und Roma in der Stadt*"(B.Z. vom 4.6.).

„Ruhig bleiben" (12) mahnt da der „Tagesspiegel", Berlin kann nichts tun, denn *„gelöst werden muss und kann das Problem nur in Rumänien und nicht in Berlin*"(5). Ein bisschen Mitleid heucheln, jegliche Verantwortung ablehnen, ein wenig „zündeln"[5] und ansonsten *„ruhig bleiben"* angesichts der ‚Dreistigkeit', der Roma', das ist die Devise des „Tagesspiegels", denn so etwas *„muss eine Metropole, die mit Weltoffenheit kokettiert, ganz ohne Dramatisierung verkraften*"(12).

Das ist ehrlich. Berlin „kokettiert" nur mit „Weltoffenheit", dahinter, kaum versteckt, zeigt sich der alte Antiziganismus ungeniert in all seinen Facetten.

Von Markus End

(zuerst erschienen in Hinterland)

1.Zu detaillierteren Analysen antiziganistischer Presseberichterstattung in Deutschland verweise ich auf die Studien Hamburger, Franz (Hg.): Kriminalisierung von Minderheiten in den Medien. Fallstudien zum „Zigeuner"-Bild der Tagespresse, in: Schriftenreihe des pädagogischen Instituts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,. Mainz 1988; Tolmein, Oliver: Die rassende Reporterin. In: konkret. H. 12, 1991, S.20-25; Wolff, Ulrich (): Die Romafrage. Presseberichterstattung und Zigeunerstereotyp, in: Hund, Wulf D. (Hg.): Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie. Duisburg 2000, S..81-93; Winckel, Änneke (): Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Münster 2002; sowie die Publikationen, die aus dem DFG-Projekt „Die Konstruktion der Differenz. Diskurse über Roma und Sinti in der Lokalpresse"(1991-1993) entstanden sind, beispielsweise Bohn, Irina; Hamburger, Franz und Rock, Kerstin: Polizei und Presse. Eine Untersuchung zum „staatlich genährten Rassismus" am Beispiel der Berichterstattung über Sinti und Roma, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd.4, 1995, S.166-183.

2.Eine kritische Beschreibung der Ereignisse findet sich auf http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/be-berlin-don-t-be-rom-neunzig-roma-ueberfordern-berlin-9022 (21.06.2009).

3.Änneke Winckel isoliert zehn verschiedene Motive und Motivationen für antiziganistische Berichterstattung in den Medien wie „Aberglauben", „Selbstschuld" und „Kriminalität", die sich ebenfalls allesamt wiederfinden. Der „Tagesspiegel" ist im übrigen nicht das einzige Blatt, das im Laufe der Berichterstattung antiziganistische Stereotype reproduziert. Er ist auch nicht das schlimmste. Er wurde gerade ausgewählt, weil er als liberale und seriöse Zeitung gilt.

4.Zitate werden mit dem Tag ihres Erscheinens im Tagesspiegel zitiert, wobei jeweils nur der Tag genannt wird, da die Untersuchung sich auf den Zeitraum vom 24.5. bis zum 20.6. beschränkt und somit jeder Tag eindeutig zuzuordnen ist.

5.„Gezündelt" lautete eine offenherzige Überschrift über einem Kommentar im „Tagesspiegel" vom 3.6.2009, der nur als hetzerisch bezeichnet werden kann.

EIN STATEMENT AUS DEM KNAST

Erklärung einiger Inhaftierter der Anti-NATO Proteste

Seit den Anti-NATO Protesten Anfang April in Strasbourg befinden sich immer noch einige Menschen in französischen Knästen. Während des Gipfel wurden viele Demonstrant_innen, die sich an den Protesten beteiligten, in Gewahrsam genommen. Einige wenige davon wurden willkürlich in Schnellverfahren zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt, darunter waren auch Aktivisten aus Rostock, Dresden und Berlin. Mit diesen Prozessen sollten nach Aussage des französischen Präsidenten Sarkozy Exempel statuiert werden. Über einen Monat nach den Verhaftungen haben es einige Inhaftierte Gipfelgegner_innen nun geschafft im Strasbourger Knast ein gemeinsames Statement zu verfassen und nach draußen zu bringen. Darin erklären sie ihre Beweggründe sich an den Protesten gegen den NATO-Gipfel zu beteiligen und schildern ihre Situation im Gefängnis.

KRIEGSTREIBEREI WIRD GEFEIERT – WER SICH WEHRT, KOMMT IN DEN KNAST

Im Gefängnis geht alles nicht so schnell. Wenn man einen Brief schreiben will, müssen erstmal Briefmarken und Papier bestellt werden. Dafür braucht es Geld. Und auch wenn dir Geld zur Verfügung steht, kann es dauern bis die bestellten Dinge da sind. Alle Briefe werden geöffnet und wahrscheinlich gelesen, dass braucht auch seine Zeit. Informationen gelangen nur sehr langsam herein und heraus. – Und so melden wir uns erst jetzt zu Wort.

1,2,3 UND DU BIST NICHT MEHR FREI!

Als die NATO am 3. und 4. April 2009 ihren Geburtstag feiern wollte, war sie nicht allein. Zehntausende Menschen fuhren nach Frankreich, um gegen das Kriegsbündnis auf die Straße zu gehen. Tausende deutsche und französische Polizist_innen waren im Einsatz. Das Schengener Abkommen wurde außer Kraft gesetzt und die Stadtzentren von Baden-Baden und Straßburg wurden abgeriegelt. Viele Menschen bekamen Einreiseverbote nach Frankreich und umliegende Länder. Bereits zwei Tage vor dem Gipfel wurde eine ganze Demonstration bei Straßburg eingekesselt und verhaftet, welche sich gegen die tödliche Polizeigewalt beim G20- Gipfel in London gerichtet hatte. Vor der Masseningewahrsamnahme wurden die Menschen mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen durch einen Wald gehetzt. So wurden zwei Menschen die sich im Wald völlig ruhig verhalten hatten mit Gummigeschossen angegriffen. Dabei wurde der Mindestabstand von fünf Meter weit unterschritten, was tödliche Verletzungen zur Folge haben kann. Eine erste medizinische Versorgung der Wunden wurde z. T. erst am nächsten Morgen gewährt.

Die nächsten Tage verliefen ähnlich: über 350 Menschen wurden willkürlich in Gewahrsam genommen und mussten zum Teil mehrere Nächte in überfüllten Sammelzellen verbringen, ohne Essen und teilweise verletzt. Die meisten Menschen wurden wieder frei gelassen, nur einige wenige traf die Polizeiwillkür besonders hart: Neun Menschen sind seit mittlerweile einem Monat im Knast. Wir, die wir diesen Text schreiben, sind einige davon.

JUSTIZ IM AUFTRAG DES PRÄSIDENTEN

Dass ausgerechnet wir hier sind, ist reiner Zufall – jede_n hätte es genauso treffen können. Die Medien ereiferten sich über Randalierer. Präsident Sarkozy forderte öffentlich, die Täter so hart wie möglich zu bestrafen. Polizei und Justiz standen unter dem Druck, „Erfolge" ihrer Arbeit zu präsentieren, als zwei Tage nach dem Gipfel die Schnellverfahren stattfanden. So ging es bei den Prozessen im Wesentlichen nicht um die konkreten Tatvorwürfe. Die Urteile orientierten sich stark an den Plädoyers des Staatsanwaltes, dessen Argumentation stützte sich zum großen Teil auf Vermutungen und Behauptungen ohne jede Beweiskraft. Es wurde erst gar nicht versucht den Eindruck eines fairen Verfahrens zu erwecken. Es handele sich um einen „Professionellen" der „vor Gericht Reden hält", so der Staatsanwalt über einen der Angeklagten. Als Beweis reichte ihm die Aussageverweigerung bei der Polizei und die große Distanz, die der Beschuldigte zurück gelegt hatte, um an den Protesten teilnehmen zu kön-

nen.

Einer weiteren Person wurde die Mitgliedschaft in der „Organisation Black Block" vorgeworfen. Das Gericht musste sich erst darüber aufklären lassen, dass es eine solche Organisation gar nicht gibt. Es ging hier eindeutig darum, medienwirksam ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Die Äußerungen Sarkozys hatten uns schon im Vorfeld Schlimmes befürchten lassen. Die Strafen und die Härte der Urteile überraschten auch unsere Rechtsanwälte, da es sich um ein Vielfaches des gewöhnlichen Strafmaßes handelte – selbst wenn alle Anschuldigungen wahr gewesen wären.

Drei Menschen wurden zu Haftstrafen mit sofortigem Haftantritt verurteilt. Zwei Menschen gingen in Berufung. Einige weitere Personen bekamen Bewährungsstrafen. Ein Deutscher, der zu drei Monaten Haft ohne Vollzug verurteilt worden war, wurde ohne ersichtlichen Grund für 48 Stunden in einen Abschiebeknast gesteckt, bevor er an der wenige Kilometer entfernten Grenze den Behörden der Bundespolizei übergeben wurde. Die sechs anderen hier Einsitzenden hatten bisher keinen Prozess. Vier davon werden am 5. Mai vor Gericht stehen – ein weiterer Fall von Gesinnungsjustiz ist zu erwarten (Anm.: drei Leute aus Tours sind vorläufig frei, eine Person aus Berlin wurde zu sechs Monaten verurteilt, eine weitere Person wurde am 12. Mai zu einem Jahr Haft + zwei Jahren Bewährung verurteilt). Zwei sitzen vorerst vier Monate in U- Haft. In der populären Strasbourger Tageszeitung „DNA" (Dernières Nouvelles d'Alsace), die wir hier zu lesen bekommen, sollte der Eindruck erweckt werden, dass die „Schuldigen" der Ausschreitungen vom 4. April zu „gerechten Strafen" verurteilt wurden. So wurden gezielt Informationen unterschlagen, etwa dass drei der Angeklagten bereits zwei Tage zuvor festgenommen wurden. Außerdem wurden Zitate aus den Verhandlungen in völlig falschen Kontexten wiedergegeben. Die Zeitung druckte auch die vollen Namen und Wohnorte der Verurteilten aus der BRD ab. In einem anderen Fall wurde über einen Angeklagten berichtet, der einen Polizisten gebissen haben soll und behauptete, er habe AIDS. Dazu wurde ein Foto veröffentlicht, dass einen Angeklagten vom Vortag zeigt. Dieser hatte jedoch nichts mit den Vorwürfen zu tun. In der Wirkung ein reiner Rufmord, zumal 90% der hier Inhaftierten die „DNA" lesen.

DIE BRANDSTIFTER ALS FRIEDENSSTIFTER

Bei der Medienberichterstattung über die Proteste, soweit wir sie hier mitbekommen konnten, war die berechtigte Kritik an der NATO- Politik völlig aus dem Blick geraten oder wurde gezielt weggelassen. Statt dessen wurden die beteiligten Politiker_innen als Friedensstifter_innen dargestellt. Der „60. Geburtstag" des Kriegsbündnisses wurde medienwirksam gefeiert und als eine Art Gala der Wohltätigen der westlichen Welt verklärt. Dabei steht die NATO, fast zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges, wie kein anderes Militärbündnis für Aufrüstung, für die Herstellung von mehr und noch „besseren" Waffen und für immer mobilere Armeen, die jederzeit und überall die Machtinteressen der Herrschenden durchsetzen können. Der aktuelle Vorwand kann sich ändern, die Palette reicht hierbei von der sogenannten Durchsetzung von Menschenrechten, der Jagd auf Terroristen oder aktuell der Kampf gegen die Piraten von Somalia. Die wahren Gründe für Interventionen bleiben die gleichen: Ausweitung der freien Märkte, Rohstoff – und Ressourcensicherung, sowie geopolitisches Machtkalkül. Einige der am NATO- Gipfel Beteiligten sind für tausende Tote auf der ganzen Welt verantwortlich. Der Irak und Afghanistan sind hierbei nur die populärsten Beispiele. Das mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem Gipfeltreffen diskutierte NATO- Strategiepapier „Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen Welt – Die transatlantische Partnerschaft erneuern" zeigt nicht nur ganz klar die zukünftigen Kriegsschauplätze des Nordatlantik Paktes auf, es nennt auch noch ungeniert die oben bereits erwähnten wirtschaftlichen Gründe für eine militärische Präsenz. Hier wird insbesondere die Bedeutung Afrikas in Bezug auf Ressourcenknappheit, Klimawandel und Migrationskontrolle hervorgehoben. Aktuelle Fragestellungen des 21. Jahrhunderts sollen mit Hilfe einer neuen, gemeinsamen Militärstrategie gelöst werden. Es bedarf also keines großen Rechercheaufwands um die NATO als Kriegstreiber in der Pose einer Weltpolizei zu überführen. Umso skurriler erscheint das produzierte Medienbild. Völlig verzerrt, werden auf der einen Seite die NATO- Staaten als „Friedensstifter" dargestellt und auf der anderen Seite die Demonstranten_innen als Gewalttäter_innen diffamiert. Das Problem der strukturellen Gewalt eines Kriegsbündnisses wird komplett ausgeblendet. So ist es nicht verwunderlich, dass Kriege relativiert und mit den Ausschreitungen in Straßburg verglichen werden. Brennende Barrikaden können dann schon einmal mit den Bildern des zerstörten Beiruts gleichgesetzt werden. So gerät eine freie Berichterstattung zur Farce. Egal was man nun von den Ausschreitungen hält, das Verhalten der Medien legt nur einen Schluss nahe, es soll von den wahren Brandstiftern, in Form der NATO, abgelenkt werden.

IM KNAST...

Irgendwie sind wir im Knast weit weg von der Welt und doch mittendrin. Das klingt paradox, doch vor allem hier drin werden die negativen Aspekte unserer Gesellschaft deutlich.

Staatlicher Rassismus und totale Kontrolle sind nicht nur Phänomene innerhalb der Knastmauern. Abschiebung, Erfassung biometrischer Daten, Videoüberwachung und das Ausschnüffeln der Privatsphäre sind nur einige Beispiele die auch in der sog. Freiheit allgegenwärtig sind. Auch Methoden zur Widerstandsbekämpfung gibt es im Knast. So wurde die Polizeieinheit „IRISSE" allein aus dem Grund der Aufstandsbekämpfung gegründet. Zuletzt wurde diese Anfang April im Gefängnis von Mulhouse eingesetzt. Hier wollten Gefangene nach dem Hofgang nicht zurück in ihre Zellen. Die Beamten sind wie die Cops auf der Straße und bei Demos, mit Tasern, Knüppeln und Tränengas ausgestattet. Die meisten Gefangenen, denen wir hier begegnen, sitzen wegen kleinen Delikten ein. Benutzung falscher Papiere um nicht abgeschoben zu werden oder arbeiten zu können. Alkohol am Steuer. Diebstahl und Etikettenschummel, Besitz von kleinen Mengen Drogen. Viele kamen wie wir per Schnellverfah¬ren direkt in den Knast, für Monate oder gar Jahre. Die meisten sind jung, mit migrantischem Hintergrund und aus den Banlieues. Viele erzählen uns das „Ausländer_innen" immer die härtere Strafe bekommen. Als Gefangene_r lebt man nicht völlig schlecht. Die Grundbedürfnisse wie Essen, Wärme, Bewegung, Kontakt zu anderen Menschen sowie medizinische Versorgung werden einigermaßen erfüllt- zumindest so lange du dich normgerecht verhältst. Alles hier ist portioniert und rationiert. Es fängt beim Essen an, geht bei der Zeit auf dem Hof weiter und hört bei den spärlichen Informationen keines Falles auf. Manche Schließer sind scheiße, andere weniger, aber immer ist man abhängig von ihnen, jederzeit haben sie unbegrenzte Zugriffsrechte, immer besteht die Möglichkeit, beobachtet zu werden, immer kann es für unangepasstes Verhalten Disziplinarstrafen geben. Dieses totalitäre System, dass allen Knästen innewohnt beruht auf der Macht der Überwacher und der Ohnmacht der Überwachten. Unsere Freiheiten hier bestehen z. B. darin, zum Gottesdienst zu gehen oder nicht, zum Hofgang zu gehen oder nicht. Schon beim Duschen hört die Freiheit auf. Wer dreimal nicht zu vorgeschrieben Zeiten duschen geht, kommt in die Arrestzelle in den Keller. Auch die Wassertemperatur ist nicht frei wählbar und damit Glückssache. Wer Geld hat, hat noch ein paar weitere Freiheiten: nämlich die Wahl, dieses oder jenes zusätzlichen Essens oder einige andere Konsumgüter zu kaufen. Mindestens 100 Gefangene haben kein Geld und können sich noch nicht einmal Seife oder Briefmarken kaufen. Sie sind auf die Almosen der Sozialarbeiter und Seelsorger angewiesen. Doch auch das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Im Knast in Straßburg sitzen über 700 Gefangene, bei einer eigentlichen Kapazität von 450 Plätzen. Um die chronische Überfüllung möglich zu machen, werden in die meisten Einzelzellen einfach Doppelstockbetten gestellt. So teilen sich zwei Personen etwa 9m² – einschließlich Toilette. Die Überbelegung ist aber keine Straßburger Besonderheit. Frankreich weit saßen in 200 Gefängnissen am 1. April 63.521 Menschen im Knast. Die Gesamtkapazität beträgt dagegen nur 52.535 Plätze[1]. In der BRD scheint es nicht anders zu sein: Im März diesen Jahres musste z. B. die Justizministerin von NRW einräumen, dass die Haftbedingungen, unter anderem wegen der Überfüllung, teilweise menschenunwürdig seien [2].

SOLIDARITÄT YEAH!

Das Solidarität hilft, können wir hier drin wirklich erleben. Nicht nur die Gefangenen der Proteste, sondern auch die vielen anderen helfen sich gegenseitig: mit Infos, mit Süßigkeiten, mit Zuhören, mit Rat und Tat und das tut gut. Wir freuen uns über die vielen Solidaritätsbekundungen in den verschiedenen Städten. Über all die Menschen, die uns öffentlich, privat und praktisch den Rücken stärken. Wenn die gegen uns verübte Willkür und Gewalt überall, über Grenzen hinweg Menschen auf die Straße und zusammen bringt, dann geht das geplante Exempel, das die Mächtigen an uns statuieren wollen, nach hinten los. Wir freuen uns sehr, wenn jetzt in Frankreich und in der BRD und vielleicht darüber hinaus eine Vernetzung entsteht, ein Netzwerk der Antirepression,das noch länger Bestand hat. Darum gilt nach wie vor: Solidarität muss praktisch, in Zukunft aber vor allem grenzübergreifend werden!!

einige Gefangene aus Strasbourg
Straßburg, den 29.04.2009

[1] DNA 09.04.09 und 25.04.09

[2] Neues Deutschland 20.03.09

Unterstützen und Spenden

Ihr habt die Möglichkeit die Gefangenen von Strasbourg und die Antirepressionsarbeit finanziell zu unterstützen, dafür gibt es das unten angegebene Spendenkonto. Wichtig ist das ihr das Stichwort nicht vergesst.

Spendenkonto: „Spenden und Aktion"
Konto-Nr: 928 818 06
BLZ: 513 900 00
Stichwort: Strasbourg

http://breakout.blogsport.de

Bilder von Rini Templeton
www.riniart.org

Mehr als 1 000 Menschen haben am 16. und 17. Mai am ‚squatting festival' in Lund/Schweden teilgenommen. Neben zwei großen Demonstrationen war das Wochenende gefüllt mit Partys, Konzerten und Essen.

In Schweden werden seit Jahren sehr wenig Häuser besetzt, das liegt hauptsächlich an den, auf Null-Toleranz ausgelegten, Gesetzen und der Praxis Besetzungen sofort zu räumen. Die Proteste gegen die Räumung des Ungdomshuset Anfang 2007 haben in Schweden viele Menschen inspiriert und Besetzungen wurden wieder als Möglichkeit diskutiert. Im April 2008 wurden dann, im Rahmen der ‚international squatting days', einige Häuser in verschiedenen schwedischen Städten besetzt um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, allerdings konnten die Besetzungen nur kurze Zeit gehalten werden. Im Oktober 2008 folgte dann auch in Lund eine Besetzung.

Lund ist eine Stadt in Südschweden, die vor allem durch seine Universität geprägt ist. Die Wohnungssituation ist vor allem für junge Menschen sehr angespannt. So stieß schon die Besetzung im Oktober 2008 auf breite Solidarität in der Nachbarschaft und der Stadt und das Themen Wohnraumknappheit konnte auf die politische Agenda der Stadt gebracht werden. Trotz anderslautender Versicherungen der Stadt wurde das Haus dann aber ohne Vorwarnung geräumt.

Nach diesem Rückschlag wuchs in Lund der Wunsch im Rahmen eines Festivals doch noch Besetzungen durchzusetzen und so waren am diesem Wochenende Menschen aus vielen anderen Städten gekommen um gemeinsam drei Häuser in der Innenstadt zu besetzen.

Am Samstag startete die Demonstration in der Innenstadt. Viele Mensch trugen weiße Overalls, Helme, Schwimmbrillen und Vermummung. Die Front- und Seitentransparente waren aus Holzplatten mit dahinter versteckten Leitern, außerdem trugen einige Schaumstoffschilde um Polizeipferde abwehren zu können. Die Demo war in vier, farbig gekennzeichnete, Blöcke aufgeteilt. Der Plan war, dass drei dieser Blöcke je eine Haus besetzen, der vierte Block sollte je nach Situation die anderen Blöcke unterstützen. Kurz nach dem Start erreichte die Demo das erste Haus und der erste Block machte sich dran es zu besetzen. Die Bullen versuchen die Demo mit Pferden, Knüppeln und Pfefferspray aufzuhalten, 150 schafften es jedoch auf den Hof des Hauses und etwa 20 auch ins Haus. Gleichzeitig versuchte ein zweiter Block durch einen zweiten Eingang auf den Hof zu gelangen wurde jedoch durch massiven Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz gestoppt.

Der dritte Block rannte, nachdem die Demo sich wieder ein wenig geordnet hatte, auf eine ehemaliges Observatorium zu und zwei Menschen schafften es auch ins Haus zu gelangen, beim Versuch der Bullen beide aus dem Haus zu holen erlitt ein Demonstrant Schnittverletzungen und ein Bulle brach sich den Fuß. Insgesamt wurden 26 Personen festgenommen und unzählige verletzt – ein Mensch wurde von Bullen bewusstlos geschlagen – jedoch konnte keine Besetzung durchgesetzt werden.

In der Nacht besetzten etwa 60 Menschen ein weiteres Haus, die Demo am nächsten Tag endete an dem Haus, um die Besetzer_innen zu unterstützen. Auch hier gingen die Bullen besonders brutal mit Pferden und Hunden gegen die Demonstrant_innen vor, verhafteten 30 Menschen und verletzten viele. Leider konnte auch diese Besetzung nicht aufrechterhalten werden.

Während des gesamten Wochenendes wurden 146 Menschen festgenommen und über 100 verletzt. Die Veranstalter_innen werten das Wochenende als großen Erfolg, die geplanten öffentlichen Besetzungen konnten – wenn auch nur für kurze Zeit – durchgesetzt werden.

Was und wo Demokratie ist, bestimmen exklusiv »wir« … am Beispiel des Irans

Unruhen im Iran

Für die meisten Privat- und Staats-Medien stand schon lange vor der Präsidenten-Wahl fest: Im Iran herrscht eine Diktatur mit einem wahnsinnigen ›Führer‹ an der Spitze.

Genauso viel Wahnsinn braucht man, um sich dann eine Wahlbeteiligung von ca. 80 Prozent der Stimmberechtigten zu erklären. Einen Wahlkampf, der erbittert geführt wurde und ganz offensichtlich mehr war, als ein Showkampf zwischen ein- und demselben. Wie anders erklärt sich die Zerrissenheit verschiedenen Machtfraktionen innerhalb des iranischen Systems, nach diesem Wahlergebnis?

Wie gesagt, über 80 Prozent gingen zur Wahl. Lange Schlangen vor den Wahllokalen, geduldiges Warten, um die Stimme abzugeben – für eine Diktatur doch recht ungewöhnlich, während sich in den ›Mutterländern‹ der Demokratie gerade einmal 40 Prozent zu den EU-Wahlen schleppten.

Die Wahl wurde schnell und offiziell zugunsten des amtierenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad entschieden. Über 60 Prozent sollen ihnen gewählt haben. So schnell die abgegebenen Stimmen auszählt waren, so schnell stand für westliche Medien fest: Das kann nur Wahlbetrug sein, den nachzuweisen bekanntlich auch in ›Mutterländern‹ der Demokratie schwer bis unmöglich, auf jeden Fall langwierig ist. Als einziger ›belastbarer‹ Beweis müssen zurzeit westliche Prognosen herhalten, nach denen es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben sollte und ein Sieg des ›Reformers‹ nicht ausgeschlossen werden könne. Was den Reformer Mirhossein Mussawi vom amtierenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad in puncto demokratischer Rechte und wirtschaftlicher Gerechtigkeit unterscheidet, interessiert(e) die westlichen Medien nicht.Wie in allem parlamentarischen Ordnungen stehen die darin zugelassenen Parteien für verschiedene Varianten im System – auf dem Boden der jeweiligen Verfassung.

Wenn westliche Medien und Regierungen den Kandidaten Mirhossein Mussawi favorisieren, dann geht es ihnen mitnichten um mehr Demokratie, um Gleichberechtigung, um das uneingeschränkte Recht auf Opposition. Schließlich pflegen sie ausgezeichnete und enge Beziehungen zu klerikalen, oligarchen, diktatorischen, die Folter und ›extra-legale Erschießungen‹ praktizierende Regierungen (von der Türkei, über Pakistan, Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien bis hin zu Usbekistan, Russland und Kolumbien), wenn sie den wirtschaftlichen und imperialen Interessen des Westens gefällig sind! Sie favorisieren den ›Reformer‹ einzig und alleine aufgrund seiner Ankündigung, über das Atomprogramm zu verhandeln. Mit einem Sieg Mussawi hofft man, dass dieser mit westlichen Atommächten über etwas verhandelt, worüber kein westlicher Staat in den letzten 60 Jahren verhandelt hat und verhandeln würde: Über die ›friedliche Nutzung der Atomenergie‹.

Die Schimäre von der friedlichen Nutzung der Atomenergie

Die westlichen Atommächte wissen um die Brisanz und um den Drahtseilakt ihres erpresserischen Vorhabens. Sie wol-

Illustrationen aus „Persepolis" von Marjane Satrapi zur Konterrevolution nach 1979

len den Iran davon abbringen, etwas in Anspruch zu nehmen, was westliche Regierungen seit Jahrzehnten – gegen massiven Protest aus der eigenen Bevölkerung – selbstverständlich tun. Die Nutzung der Atomenergie. Alle westlichen und ihr gefälligen Regierungen sind diesen Weg gegangen. Unter dem Vorwand, lediglich friedlich die Atomenergie nutzen zu wollen, haben sie sich Know-how und atomwaffenfähiges Material besorgt. Unter dem Deckmantel der ›zivilen ‹ Nutzung und mit dem stillen Einverständnis der Atommächte sind sie heute im Besitz von Atomwaffen: Pakistan, Indien, Israel, vielleicht auch Nordkorea. Sie alle haben den fließenden Übergang zwischen ›friedlicher‹ und ›militärischer‹ Nutzung der Atomenergie genutzt, um in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen.

Seit ein paar Jahren hat sich auch die iranische Regierung für diesen Weg entschieden.

Seitdem ist das iranische Atomprogramm ›umstritten‹. Die iranische Regierung besteht auf eigene Anlagen zur Urananreicherung, um diesen Brennstoff für die zivile Nutzung der Kernenergie zu nutzen. Die US- und EU-Regierungen behaupten hingegen, dass hinter der zivilen Nutzung nur militärische Ambitionen verborgen werden sollen. Die US-Regierung unter dem Präsidenten Bush schloss einen Krieg nicht aus – die EU-Regierungen übernahmen den Part, bis dorthin ›alle diplomatischen Möglichkeiten‹ auszuschöpfen.

Die Dreistigkeit des Vorgehens besteht darin, eben nicht die ›friedliche Nutzung der Kernenergie‹ generell einzustellen und die Beseitigung aller Atomwaffen[1] zu betreiben, sondern exklusiv die iranische Regierung dazu zu zwingen, von dieser Option Abstand zu nehmen. Eine sonders makabere und scheinheilige Rolle spielt dabei die deutsche Bundesregierung, die angesichts der iranischen Ambitionen »mit großer Sorge« erfüllt ist. Sie weiß, wovon sie spricht.

Seit den 70er Jahren betrieben deutsche Bundesregierungen ein Atomprogramm, das gezielt und absichtsvoll auf den Besitz von atomaren Massenvernichtungswaffen zusteuerte. Was man heute über die Möglichkeiten des Irans weiß, war in Deutschland spätestens seit den 80er Jahren Realität: Für Atomkraftwerke braucht man 3-5 Prozent angereichertes Uran bzw. Plutonium. Wenn man diesen Brennstoff – in einem aufwendigen zweiten Prozess – bis zu 90 Prozent anreichert, hat man das Material für eine Atombombe.

Vor diesem zweiten, technisch durchaus machbaren Schritt der iranischen Regierung warnt die so genannte ›Weltgemeinschaft‹. Dieselbe, die bis heute schweigt, dass genau dieser zweite Schritt hin zur militärischen Nutzung der Atomenergie in Deutschland längst gemacht wurde.

Wenn man die iranische Regierung verdächtigt, die zivile Nutzung für ihre wahren, also verbrecherischen Absichten nur vorzuschieben, dann weiß gerade die deutsche Bundesregierung, wovon sie spricht – aus eigener Erfahrung: In den 70er Jahren wurde als ›spanische Wand‹ eine neue AKW-Linie entworfen, der Hochtemperaturreaktor. Dieser benötigt nicht drei bis fünf, sondern bis zu 93 Prozent angereichertes Uran bzw. Plutonium. Nichts anders also als das Material, das man zur Herstellung von Atomwaffen benötigt! Bis heute schweigt die deutsche Bundesregierung darüber. Nicht einmal die größte Leukämiedichte der Welt nach einem vertuschten ›Unfall‹ 1986 in der Umgebung des staatlichen Atomforschungszentrums ›GKKS‹ bei Geesthacht[2] kann dieses Schweigen durchbrechen – schon gar nicht von den vielen deutschen Medien, die im Iran so viel Mut

beweisen…

Bild-Beherrschung – kein westliches Privileg

Geradezu bewegend süß erlebt man dieser Tage, wie sich westliche Medienvertreter über schwere Einschränkungen ihrer Berichterstattung wehren. Man müsse doch ungehindert und frei über alles berichten können. So radikal, so kompromisslos und staatskritisch kennt man den deutschen Journalismus gar nicht, vor allem nicht im eignen Lande.

Umso mutiger gehen sie zu Werke, die Möglichkeiten (missliebiger) Machthaber beschreiben, die öffentliche Kommunikation einzuschränken bzw. zu sabotieren: Sie kappen bzw. stören Handyverbindungen, sie schließen Internetseiten, sie verhindern eine regimekritische Berichterstattung und nutzen das Monopol des ›Staatsfernsehens‹, um ausschließlich erwünschte Bilderwelten zu zeigen: In Endlosschleifen werde der Sieg Ahmadinedschads gefeiert, während die Proteste gegen Wahlbetrug unterdrückt werden.

Keine Frage, das Regime Ahmadinedschads ist ein Reaktionäres, Repressives. Denn was heute ein ›Gottesstaat‹ ist, war kein göttlicher Wille, sondern das Ergebnis eines mit großer Brutalität durchgeführten Säuberungsprozesses, nachdem die Diktatur des Schahs von Persien 1979 gestürzt werden konnte: »Die Mitglieder der Tudeh-Partei[3] und jegliche linke Opposition sahen sich einer brutalen Verfolgung ausgesetzt, ähnlich wie zu Zeiten der Schahherrschaft.«[4]

Kritik an der Regierung Ahmadinedschads zu äußern und zu teilen, ist zweifellos richtig. Umso mehr stößt einem die hemmungslose Opportunität deren auf, die im eigenen Land skrupellos und lukrativ daran beteiligt sind, privates oder öffentliches ›Staatsfernsehen‹ zu betreiben.

Dieselben Medienvertreter, die im Iran Grundsätze der Demokratie wiederentdecken, sind hier im eigenen Land Perfektionisten genau dieser loyalen (Staats-)Inszenierungen: Man erinnere sich nur an die Berichterstattung über den NATO-Gipfel in Kehl/Straßburg vor ein paar Monaten. Kein Wort über die massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechtes in Deutschland, kein Wort über die leer gefegte Stadt Straßburg, die in eine (rote) Sicherheitszone verwandelt wurde, wo nur gejubelt werden durfte. Kein Wort darüber, dass eine Großdemonstration von über 50.000 Menschen auf der französischen Seite im Nirgendwo stattfand, die Grenze zwischen Frankreich wahlweise überwacht und geschlossen wurde – um eine länderübergreifende Demonstration zu verhindern.

Freie Meinungsäußerung und Demonstrationsrecht – im Iran durchsetzen.

Nach dem ›Wahlsieg‹ Ahmadinedschads kündigte die Opposition Demonstrationen in Teheran an, die verboten wurden. Trotzdem gingen Hunderttausende auf die Straße und setzten ihr Recht durch – gegen die Schikanen verschiedener Repressionsorgane. Immer wieder wurden die DemonstrantInnen angegriffen, Menschen auseinander getrieben, verhaftet, einige DemonstrantInnen getötet.

Unisono entdeckte die Große Koalition in Deutschland das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht … im Iran: »Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier forderte den Iran zu einem Ende der Polizeigewalt auf.«[5]

Einen politischen Konflikt mit Staatsgewalt zu ersticken, Protest einzuschüchtern und zu zerschlagen, ist überall auf der Welt ein Verbrechen. Tatsächlich? Mit welcher Unverfrorenheit und Scheinheiligkeit fordern Politiker der Großen Koalition das Recht auf freie und ungehinderte Meinungsäußerung ein, dort, während sie hier in aller größter Selbstverständlichkeit dieses aus ›Sicherheitsinteressen‹ außer Kraft setzen!

Als der G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 stattfand, wurde eine 40 Kilometer breite ›rote Zone‹ eingerichtet, innerhalb derer jeder Protest verboten wurde. Ein zwölf Millionen teurer und ebenso langer Zaun rund um das Tagungsgelände sollte jeden Versuch, dieses Verbot zu ignorieren, im Keim ersticken. Über 17.000 Polizisten, Sondereinsatzkommandos, bis hin zur Bundeswehr[6] wurden eingesetzt, um diese demokratiefreie Zone mit Gewalt durchzusetzen. Worauf sich der Protest gefasst machen sollte, bewiesen die Polizeiorgane bereits im Vorfeld, als sie Razzien in verschiedenen Städten durchführten, 18 Personen als vermeintliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung verfolgten, mit der Behauptung, sie würden eine »militante Kampagne gegen den G8-Gipfel«[7] planen. Die heute im Iran um Meinungs- und Demonstrationsfreiheit kämpfenden Medienvertreter fanden diese gezielten Einschüchterungsmaßnahmen im Großen und Ganzen in Ordnung und notwendig.

Dennoch beteiligten sich ca. 50.000 Menschen an den Protesten gegen den

G-8-Gipfel in Heiligendamm. Hunderte von DemonstrantInnen wurden in Käfige[8] gesperrt, Tausende bekamen alleine für ihr dissidente Erscheinung ›Platzverbote‹, über 3.000 Menschen wurden während des G-8-Gipfels festgenommen. Von ›bedauerlichen Einzelfällen‹ abgesehen, sekundierten die deutschen Meinungsmacher brav und gehorsam diese Polizeistrategie.

Man stelle sich vor, nicht 50.000, sondern eine Million Menschen wären auf die Straße gegangen, um sich gegen das de facto Demonstrationsverbot zur Wehr zu setzen. Zu was wären deutsche Sicherheits- also Repressionsorgane bereit gewesen, um solche ›illegalen‹, ›verbotenen‹ Demonstrationen auseinanderzutreiben?

Einige Anmerkungen zu Kritiken der deutschen Linken am iranischen ›Gottesstaat‹

Neben dem Umstand, dass es sehr viele religiös-eingefasste und auf religiöse Dogmen beruhende Regierungssysteme in der Welt gibt, sticht an der gegenwärtigen iranischen Regierung unter Ahmadinedschad seine mehrmals wiederholte Haltung, den ›Holocaust‹ zu leugnen und den Staat Israel in Frage zu stellen, hervor. Die Frage, ob es sich dabei um propagandistische oder reale Absichten handelt, wäre für manche Linke spätestens dann beantwortet, wenn eine solches Regime in den Besitz von Atomwaffen käme. Alleine aus diesem Grunde müsse man alles unterstützen, damit dies nicht passiere. Dass man damit imperiale Mächte unterstütze, wisse man, sei aber nicht zu vermeiden.

Unabhängig davon, wie real diese Bedrohungen sind, kann man eines festhalten: Bislang wurden atomare Massenvernichtungswaffen nur von der US-Regierung 1945 in Hiroshima und Nagasaki/Japan[1] eingesetzt – nicht als letztes Mittel, um der eigenen Vernichtung zu entgehen, sondern aus der Position der absoluten Überlegenheit heraus. Es spricht also nichts dafür, dass der Besitz von Atomwaffen in den Händen ›weltlicher‹ Herrschaftssysteme weniger bedrohlich sei, als in den Händen islamischer Regime. Wer als Linke dazu beitragen will, dass die ›friedliche Nutzung‹ der Atomenergie nicht für militärische Zwecke genutzt werden kann, muss für einen generellen Stopp jeglicher Nutzung von Atomenergie eintreten. Alles andere ist ein Beitrag zur Fiktion eines ›guten‹ Imperialismus[2], der mit falschen Motiven das unbeabsichtigt Richtige tut. Und wer – aus guten Gründen – dazu beitragen will, dass der Iran nicht in den Besitz von atomaren Massenvernichtungswaffen gelangen darf, der sollte nicht als (bedeutungsloser) Co-Manager einer imperialen Logik bestimmen, in welchen Händen Atomwaffen gefährlicher sind, sondern dafür kämpfen, dass keine Herrschaft, keine Regierung – also auch kein sozialistische – in deren Besitz kommt bzw. bleibt. Das sollte für eine Linke nicht zu viel verlangt sein. Es würde nur dem Wortlaut des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen entsprechen: 1968 kam es »zum Abschluss des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, dem nur vier Mitglieder der Vereinten Nationen noch nicht beigetreten sind. Gemäß des Nichtverbreitungsvertrages haben sich die 182 Nichtatomwaffenstaaten der Erde verpflichtet, keine Atomwaffen zu erwerben, und im Gegenzug haben die fünf offiziellen Atommächte versprochen, ihre Atomwaffen abzuschaffen.« Die Erklärung der Überprüfungskonferenz 2000, die von allen fünf offiziellen Atommächten unterzeichnet wurde, beinhaltet » … eine unzweideutige Verpflichtung der Atomwaffenmächte, die vollständige Abschaffung ihrer Atomwaffenarsenale zu betreiben bis zur vollständigen nuklearen Abrüstung, zu der alle Vertragsparteien nach Artikel VI verpflichtet sind.«[3]

Herrschaft der ›Aufklärung‹ versus religiöser/islamischer ›Fanatismus‹ – Zivilisation versus Tyrannei

Dass westliche, kapitalistische Regierungen mit diesem ideologischen Frontverlauf Kriege führen und ›zivilisatorisch‹ begründen, ist seit dem Krieg gegen den Irak 1991 Gang und gebe. Der ›Feind der Menschheit‹, der Kommunismus musste geliftet, den ›neuen Herausforderungen‹ angepasst werden. All das wäre nicht der Rede werte wert, wenn nicht Teile der Linken dieser ideologischen Kriegsfront beigetreten wären. Auch wenn ›antideutsche‹ Positionen darin schrill hervorstechen, so ist zu befürchten, dass sich viele Linke dieser Position zumindest gefühlsmäßig anschließen können: Der ›aufgeklärte‹, also ›rationale‹ Kapitalismus sei sicherlich ungerecht, aber wenigstens berechenbar. Das demokratische/parlamentarische System sei zwar nicht das Nonplusultra, aber immerhin eine institutionelle Begrenzung gegenüber totalitären Machtansprüchen. All das sei summa summarum einem religiösen, also ›irrationalen‹ System mit ›fanatischen‹ und totalitären Zielen und Zügen vorzuziehen.

Unabhängig, davon ob in einem Herrschaftssystem ›Gott‹ oder das ›Kapital‹

oberste, extra-legale Instanz ist, für beide Herrschaftsmodi braucht es reale Machtfaktoren, die weder im Himmel, noch in der ›unsichtbaren Hand des Marktes‹ liegen. Unabhängig davon, wie stark religiöse Kräfte in den USA oder im Iran die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen beeinflussen, sollte eine Linke darauf beharren, hinter jedwede Ideologie zu schauen, ob es sich um eine kapital-gedeckte oder um eine religiös-bestimmte handelt. Für eine Linke sollte es nicht darum gehen, welche Herrschaftsideologie ›besser‹ ist, sondern welche je verschiedenen Interessen sich dahinter verbergen bzw. durchzusetzen versuchen. Diese finden sich weder im Koran, noch in den Lehren von der ›freien Marktwirtschaft‹.

Wenn eine Linke den Islam genauso entschleiern helfen würde wie den ›Neoliberalismus‹ hier, würde sie zu einem Verständnis beitragen, das den gesellschaftlichen Konflikt in den Vordergrund stellen würde, anstatt sich als besonders radikale Religionskritiker gegenseitig zu überbieten.

Die Londoner ›Financial Times‹, sicherlich nicht im Verdacht stehend, das Mullahregime zu hofieren, schreibt dazu: »Veränderung heißt für die Armen Arbeit und Nahrung und nicht lockerer Dresscode oder gemischte Freizeitgestaltung« und schließt diesen Gedankengang wie folgt ab: »Politik im Iran hat sehr viel mehr mit Klassenkrieg zu tun als mit Religion.«[4]

Man muss diesen Andeutungen nicht Wort für Wort folgen – man sollte sie jedenfalls nicht unterschreiten.[5]

Dummer Antiimperialismus

Nach dem Erdrutschsieg des amtierenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad bei den iranischen Präsidentschaftswahlen am vergangenen Freitag ist es am Wochenende in Teheran zu Zusammenstößen zwischen gewaltbereiten jungen Oppositionellen, angestachelt durch zahlreiche Vermummte, und der Polizei gekommen. Die Randalierer, wütend ob der Niederlage ihres Favoriten, des 68jährigen Politveteranen Mirhossein Mussawi, riefen ›Tod dem Diktator‹, ›Nieder mit der Diktatur‹ oder ›Freiheit‹. Sie zündeten Mülltonnen, Parkbänke und Autoreifen an, Fensterscheiben von Geschäften und Banken gingen zu Bruch. Der arabische TV-Sender Al Dschasira berichtete, die Demonstranten hätten Polizisten mit Steinen beworfen, die daraufhin mit Stöcken zurückgeschlagen, Tränengas eingesetzt und Warnschüsse abgefeuert hätten. Nach Polizeiangaben wurden rund 60 Demonstranten festgenommen.«

Die Wortwahl, der denunziatorische Polizei-Jargon, die Verharmlosung des repressiven staatlichen Vorgehens würde man gerne den Springer-Zeitungen zuschreiben. Tatsächlich ist es eine Textpassage aus der ›Junge Welt‹ vom 16.06.2009.

Es gibt keinen einzigen Grund die amtierende Regierung Ahmadinedschads, ihre Vorstellung von Gesellschaft und Demokratie zu verteidigen – auch dann nicht, wenn diese in den Augen der US-Regierung und vieler europäischer Regierungen – aus ganz anderen Gründen – einen ›Schurkenstaat‹ anführt, womit vor allem eines legitimiert werden soll: Ein ›Regimewechsel‹ mit politischen und (wenn das nicht funktioniert) militärischen Mitteln.

Und es gibt keinen Grund, den Protest von Hunderttausenden zu denunzieren, selbst wenn er »hauptsächlich aus der Oberschicht des Landes und von begüterten Iranern«[6] getragen werden würde. Gegen die (möglicherweise) schlechten Motive gegen das reaktionäre Regime Ahmadinedschads zu protestieren, braucht man keine Polizei, sondern eine bessere, eine emanzipatorische Idee. Zu aller erst sollte man jedoch genau hinhören, was die Opposition will und wie unterschiedlich (möglicherweise) die Motive sind, gegen das gegenwärtige Regime auf die Straße zu gehen. Auf jeden Fall ist die Empathie für den Protest gegen das reaktionäre Regime der ›bedingungslosen‹ Solidarität mit dem ›Feind meiner Feinde‹ vorzuziehen.

[...]

Wolf Wetzel 22.6. 2009

Verlierer will siegen – Straßenschlachten nach Wiederwahl Ahmadinedschads im Iran. Herausforderer Mussawi setzt Überprüfung der Ergebnisse durch.

Free Mumia!

Film und Infos zur aktuellen Situation

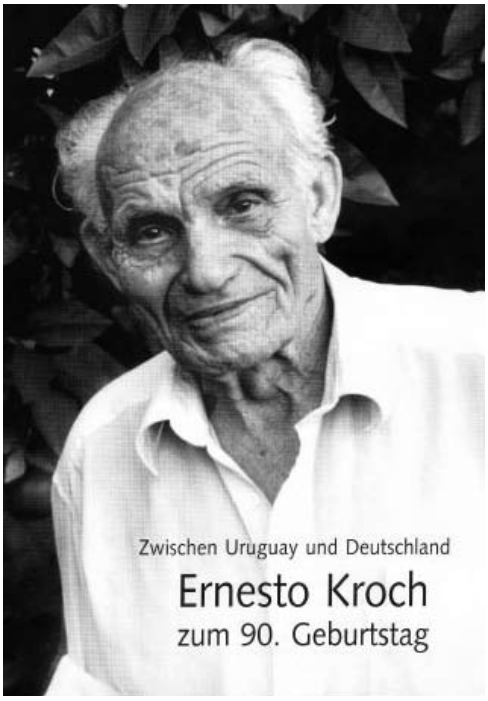
26. Juli, 17h
Alhambra

Aktuell ist Mumia zum dritten Mal nach 19995 und 1999 von einem möglichen Hinrichtungsbefehl bedroht. Täglich kann eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA kommen, in dem über den Antrag der Staatsanwaltschaft entschieden wird, die Todesstrafe gegen Mumia wieder in Kraft zu setzen. Im Augenblick gibt es überhaupt keine Anzeichen, wann diese Entscheidung bekannt gegeben wird. Klar ist nur, dass das Gericht die Möglichkeit der Todesstrafe ernsthaft in Erwägung zieht, und das trotz all der dokumentierten Rechtsbrüche gegen Mumia und der nie bewiesenen Schuld.
Nach einer kurzen Einführung über den „Fall" Mumias – mit Filmausschnitten aus „the whole Prison in my life" – soll hauptsächlich über die veränderte rechtliche Situation informiert werden. Diskutiert werden soll, welche Handlungsoptionen sich daraus ergeben. Unter anderem soll das Notfallkonzept „3 + 12" vorgestellt und diskutiert werden.

„Ernesto alias Ernst"

Film und Gesprach mit Ernesto Kroch

1. September, 20h
Subklub, Alhambra



Ernesto Krochs Lebensgeschichte ist durch ein doppeltes Exil geprägt: Aufgrund der Verfolgung, der er als deutsch-jüdischer Kommunist nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten ausgesetzt ist, flieht er 1938 nach Lateinamerika. Als in den 70er Jahren eine Militärdiktatur in Uruguay die Macht übernimmt, ist er gezwungen, den umgekehrte Fluchtweg zu wählen und Asyl in Deutschland zu suchen.

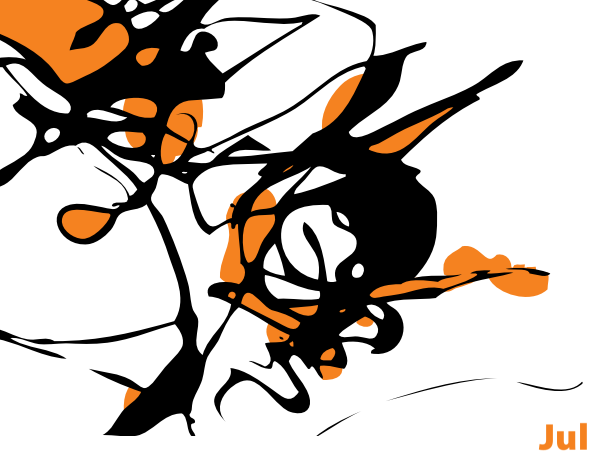
Seit 1985 lebt Ernesto wieder in Montevideo und ist als engagierter Linker weiterhin in sozialen Basisorganisationen und im Umfeld des Linksbündnisses Frente Amplio aktiv. Seine Lebensgeschichte hat Ernesto selbst in seinem Buch „Heimat im Exil – Exil in der Heimat" erzählt.

Die Informationsstelle Lateinamerika (ila) hat Ernesto im Februar 2007 eine komplette Sondernummer zum 90. Geburtstag gewidmet. Der Filmemacher Martin Keßler hat seine Lebensgeschichte filmisch dokumentiert.

Am 1. September wird Martin Keßler zu Beginn eine Kurzfassung seines Films zeigen, dann folgt ein Gespräch mit Ernesto kroch und eine Lesung von Passagen aus seiner Autobiografie.

Veranstalter ist die Oldenburger Rechtshilfe

Unterstützt wird diese Veranstaltung von der Stiftung Bildung und Solidarität der GEW Oldenburg und der DGB-Jugend Oldenburg



Infoladen roter strumpf

Mo.	15h - 21h
Di.	geschlossen
Mi.	15h - 18h
Do.	15h - 21h
Fr.	15h - 18h

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum

Juli 2009

Fr.	3.7.	22:00	Mash up di place
Sa.	4.7.	22:00	Lesbischwule Mottoparty – Ü30
Di.	7.7.	20:00	Was ist los im Iran? Info- Veranstaltung
Fr.	10.7.	22:00	Lounge Cocktail
Sa.	11.7.	22:00	Soulriders – Drum`n Bass
Fr.	17.7.	22:00	[step forward] Antifa-Soliparty
Sa.	18.7.	22:00	Männerfabrik
Fr.	24.7.	22:00	Crush Hour macht Party: Celebration Moon Occupation
Sa.	25.7.	22:00	Rosa Disco
So.	26.7.	17:00	Veranstaltung: Unterstützung für Mumia Abu-Jamal
Mi.	29.7.	20:00	Vortrag: Vom „Freudenmädchen“ zur Sexarbeit
Fr.	31.7.	22:00	Danger!Danger! – Sputnik-Konzert

August 2009

Sa.	1.8.	22:00	Homophilias
Fr.	7.8.	22:00	Mash up di place
Sa.	15.8.	22:00	Männerfabrik
Fr.	22.8.	22:00	Summer Night, Na Und e.V.
Sa.	29.8.	22:00	Rosa Disco